Abend-Ausgabe

Preis für Berlin 20 Pfg.

Deutsche Allgemeine Zeitung

60. Jahrg.

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal. — Sie bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage (Sonntags-Morgen eine illustrierte Beilage mit Bildern auf der Zeitschriftseite) und in der Mittwoch-Nummer abwechselnd eine Modenbeilage in Buntdruck und eine Kunstbeilage. Außerdem erscheinen in täglich wechselnder Folge die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Die Welt der Frau", „Lehren und Lernen", „Reisen und Wandern".

Sonnabend, 15. Januar 1921

Bezugspreis vierteljährlich Mk. 36,—. Bestellung bei allen Postanstalten. Zäglich einmalige Zusendung unter Kreuzband innerhalb Deutschlands vierteljährlich Mk. 60,—; ins Ausland Mk. 100,—. Einzelpreise für die Morgenausgabe 30 Pfg., für die Abendausgabe 20 Pfg. Preis für die 33 mm breite Nonpareillezeile Mk. 1.50, für die 67 mm breite Reklamezeile Mk. 4.50. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin SW 68, Wilhelmstr. 32-34. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nollendorf 5900—55. Schriftleitung Nollendorf 4763—65.

Nr. 24

Ein unrühmliches Ende.

Der Präsident der Verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung, Herr Leinert, hat am Schlusse der Tagung des Parlaments den Versuch gemacht, nochmals die Verdienste zu würdigen, die sich dieses Parlament um Preußen und seine Neugestaltung erworben habe. Gewiß soll nicht geleugnet werden, daß die Verfassungsgebende preußische Landesversammlung zum Teil erhebliche und fruchtbare Arbeit geleistet hat. Aber dieses steht fest: Justizminister und für ihre spätere Beurteilung in der Geschichte wird es wohl ein Ruhmesblatt bleiben, daß dieses provisorische Parlament gewesen, wenn es früher und endgültig seine Arbeiten abgeschlossen und spätere Aufgaben, die nicht mehr im Kreise des ihm erteilten Auftrags lagen, dem kommenden Parlament überlassen hätte. Wie die Dinge sich jetzt gestalten, hat die preußische verfassungsgebende Landesversammlung ein durchaus unrühmliches Ende gefunden. Kleinliche Parteiüchtigkeiten haben noch in den letzten beiden Tagen ihres Daseins das wenig erquickliche Bild gezeitigt, daß das Parlament selbst durch eine dreimalige Beschlußunfähigkeit am ersten und eine zehnmalige Beschlußunfähigkeit am zweiten Tage selbst seine Lebensunfähigkeit dokumentierte.

An Anregungen, die Neuwahlen zu dem ersten ordnungsmäßigen preußischen Landtag schon weit früher anzusetzen, hat es nicht gefehlt. Die Zurückführung dieser Anregung ist davon geschehen, daß vor allem die Sozialdemokratie sich mit Hand und Fuß gegen ein früheres Ende des verfassungs- Parlamentes sträubte. Die Gründe, die diese Partei-Stellungnahme so abgeneigt machten, liegen klar genug zutage. Die Sozialdemokratie befürchtet — und daß mit vollem Recht —, daß die Neuwahlen der sozialdemokratischen Vorherrschaft in Preußen endgültig ein Ziel setzen werden. Das Ergebnis der Reichstagswahl ist hier ein warnendes Beispiel geworden. Es ist klar, daß in der Auffassung und im Urteil der Wählerschaft seit dem Tage der Revolution ein wesentlicher Umschwung eingetreten ist. Damals glaubten manche Kreise — und wohl nicht ohne eine gewisse Berechtigung — zunächst einmal der Partei, die die große Möglichkeit besaß, in die Verhältnisse der Dinge wenigstens einigermaßen eine gewisse Ordnung hineinzutragen, auch mit dem Wahlzettel ihre Unterstützung für dieses Ziel angedeihen lassen zu müssen. Dadurch ist der Sozialdemokratie damals sowohl im Reiche, wie auch in Preußen, ein Machtzuwachs geschaffen worden, die weit über das hinausging, was eine sachgemäße Abbildung der Wählerschaft in den Parteikonstellationen an sich erwarten läßt. Die Sozialdemokratie hat, was ihr zu sich nicht verdacht werden kann, die ihr so geschaffene Macht dazu ausgenutzt, der Politik des Reiches und ebenso Preußens eine ihr genehme Richtung zu geben. Im Reiche ist hierin längst ein Wandel eingetreten, nachdem die Macht zum verfassungsmäßigen Reichstag verzögert hatte, was die Wählerschaft in den ersten Tagen der Revolution noch voreilig sehlte. In Preußen ist es der Sozialdemokratie gelungen, diese Korrektur immer wieder auch hinauszuschieben. Die gibt heute mit der Nebenzeugung in den Wahlkampf hinein, daß er für sie ein Ende des Machtzustandes bedeutet, der die politische Macht ihr gesichert hat. Der „Vorwärts" gesteht selbst, daß die sozialdemokratische Partei sich bei der vollen Schwere des Wahlkampfes gesagt sei, der, wie das Blatt richtig sagt, sich einzig und allein um die Frage drehe, ob die Sozialdemokratie den entscheidenden Einfluß im preußischen Parlament erworben, behalten oder verlieren solle. Man wird auch wohl der „Vorwärts" nicht annehmen, daß eine Erweiterung dieser Machtbefugnis überhaupt in Frage kommen kann. Es hieße für die Sozialdemokratie, den Kopf in den Sand stecken, wollte sie nicht erkennen, daß die Politik, der der sozialdemokratische Einfluß in Preußen die Form gab, in der Masse der Wählerschaft, und zwar nicht nur der vielbeschimpften, sondern bei noch mehr ihrem linksradikalseren Teil immer stärkere Widerstände hervorrief. Widerstände, gegen die zu arbeiten der Sozialdemokratie um so schwerer wird, als ihre Vertreter der jetzigen Regierung es vorzogen, eine Kampfstellung einzunehmen, die mehr als einmal sogar zu Schwierigkeiten mit der Reichsregierung führte. Widerstände, die noch dadurch vergrößert werden, daß in Einzelstaaten, auch in Groß Berlin, die Sozialdemokratie sich offen gegen die Bestrebungen mit unabhängigen und kommunistischen Staatsumstürzlern zu verbünden. Es ist in den Wahlreden sozialdemokratischer Führer außerdem ganz offen als Ziel des Wahlkampfes angegeben worden, daß die sozialdemokratische Partei, wenn es irgend sich durchführen ließe, den Anspruch einer rein radikalen, links gerichteten Regierung für Preußen unter Ausschluß des Bürgertums antreibe. Das bedeutet eine förmliche Kampfansage gegen das Bürgertum. Und die Sozialdemokratie wird sich nicht wundern dürfen, wenn auch das Bürgertum den Fehdehandschuh, den die Sozialdemokratie ihm hinwirft, aufnimmt und der Stichkampf mit der Stichparole der Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie führt.

Es scheint in gewissen sozialdemokratischen Kreisen als eine Art Beleidigung der Partei empfunden zu werden, wenn man von diesen Dingen offen spricht. Möglich, daß in jener sozialdemokratischen Wahlperiode ein gutes Stück lediglich taktischen Vorgehens liegt. Das muß jedoch Sache der Sozialdemokratie sein, ob darüber klar zu sein, wie weit eine solche Taktik getrieben werden darf, um das Urteil über die Ziele der Partei nach der anderen Seite nicht in unfairem Licht erscheinen zu lassen. Die bürgerliche Wählerschaft muß sich jedenfalls an das halten, was sich aus der Art ergibt, in der die sozialdemokratische Partei den Wahlkampf führt. Sie hat den Anspruch, weitere Interpretationen vorzunehmen oder gar zu erdichten. Sie muß die Wahlparole der Sozialdemokratie, die die Partei an die Seite des Radikalismus verweist und die sich damit gegen das Bürgertum richtet, mit der gleichen Vorsicht beurteilen wie jene: Kampf gegenden Radikalismus mit Einschluß der Sozialdemokratie! Es stehe, sich ins eigene Fleisch schneiden, wolle die bürgerliche Wählerschaft anders handeln.

Der Wahlkampf wird nunmehr einsetzen. Er wird mit allen Mitteln der Agitation geführt werden. Die Trennungslinie in diesem Wahlkampf hat die Sozialdemokratie selbst gezogen. Die Antwort wird ihr die Wahl selbst geben. Und die Sozialdemokratie kann überzeugt sein: Nicht zaghaft und zurückhaltend wird das Bürgertum in den Kampf gehen, es wird heute, wenn es sich handelt, Es wird sich nicht kampflos an die Seite drücken lassen. Es wird beweisen, daß trotz der Revolution und der Radikalisierung, die sie mit sich brachte, aber vielleicht mehr infolge dieser Ereignisse die Mehrheit der Wählerschaft sich zu einer Politik bekennen wird, die sich der Revolution in Preußen maßgebenden widerspricht.

K.

Die Ablehnung Poincarés.

Meldung des W. T. B.

Paris, 15. Januar.

Der „Matin" meldet, es scheine, daß Paret, nachdem Poincaré seine Beteiligung an dem Kabinett abgelehnt habe, das Portefeuille des Aeußern Briand und das der Finanzen Doumer übertragen wolle.

Das „Echo de Paris" berichtet, daß Paret dem Präsident Millerand in der gestrigen Oberunterredung mitteilte, daß er der Unterstützung Briands und verschiedener anderer Persönlichkeiten sicher sei, daß aber Briand und Poincaré nicht glauben, seiner dringenden Einladung zum Eintritt in das Kabinett Folge geben zu können. Dem „Echo de Paris" gefolgt wird Paret heute vormittag die Präsidenten der verschiedenen Fraktionen empfangen. Es heißt, die Besprechungen im Laufe des Vormittags zu Ende zu führen und werde sich dann gegen Mittag zum Präsidenten Millerand begeben, um ihm das Ergebnis der Besprechungen mitzuteilen und seine endgültige Entschließung bekanntzugeben.

Wie die Blätter berichten, hat Poincaré, als ihm das Finanzministerium angeboten wurde, erklärt, daß nach seiner Ansicht die allgemeine Politik, besonders die Fragen der Reparation und der Ausführung des Versailler Vertrages, von entscheidendem Einfluß auf die finanzielle Lage sei. Er habe hinzugefügt, daß er, nachdem er schon zu diesen wichtigen Fragen Stellung genommen habe, die Verantwortlichkeit für ein Ministerium, das von diesen Fragen direkt berührt werde, nicht übernehmen könne, wenn er keinen Einfluß bei der Führung der notwendigen Verhandlungen habe. Paret habe darauf Poincaré in Aussicht gestellt, daß er als Finanzminister einen Einfluß auf die auswärtige Politik erhalten würde. Poincaré habe dieses Anerbieten als unklar bezeichnet. Paret habe ihm darauf das Ministerium für nationale Verteidigung angeboten, daß Poincaré aber ebenfalls abgelehnt habe. Poincaré habe gesagt, er könne nur das Portefeuille des Aeußern übernehmen.

Aufschub der Pariser Konferenz?

Drahtmeldung.

London, 15. Januar. (W. T. B.)

Eine offizielle Reuter-Meldung besagt, daß die französische Ministerkrise Veranlassung gibt, die Konferenz der Alliierten in Paris nicht am 19 Januar stattfinden zu lassen. Man erwartet, daß sie um eine Woche verschoben wird. Das englische Kabinett hat sich gestern mit der Frage der Pariser Konferenz beschäftigt.

Paris, 15. Januar. (W. T. B.) Der Londoner Berichterstatter des „Matin" will wissen, daß die englische Regierung dem neuen französischen Ministerpräsidenten die Entscheidung darüber überlassen will, ob die Konferenz am 19. Januar stattfinden oder um eine Woche verschoben werden soll.

Brüssel, 15. Januar. (W. T. B.) Die belgische Delegation für die Zusammenkunft des Obersten Rates ist gebildet und besteht aus den Ministern des Aeußern und der Finanzen sowie dem Chef des Großen Generalstabes.

Rücktritt des italienischen Schatzministers.

Rom, 14. Januar. (E. C.) Die „Idea Nazionale" meldet, daß der Schatzminister Meda aus Gesundheitsrücksichten seinen Rücktritt angeboten habe. Giolitti hat das Schatzministerium dem Kriegsminister Bonomi angeboten. An seiner Stelle soll Pedino das Kriegsministerium übernehmen.

Neuer Putsch in Mexiko.

El Paso, 15. Januar. Urquio, der frühere Gejickatommandant unter der Regierung Carranzas, hat sich mit Waffengewalt gegen die Regierung Obregons erhoben. Seine Truppen griffen die Regierungstruppen bei San Luis Potosi an, wurden aber unter Verlust von acht Toten zur Flucht gezwungen.

Tages-Spiegel.

Die Mailänder Völkerbundtagung wurde am gestrigen Freitag beendet.

Nach Athener offiziellen Informationen steht die Anerkennung König Konstantins durch die Ententemächte bevor.

Millerand verlieh der Stadt Belgrad das Kreuz der Ehrenlegion.

Eine englische Untersuchungskommission empfahl der Regierung den Bau eines Tunnels unter dem Suezkanal zur Ermöglichung eines direkten Eisenbahnverkehrs zwischen Aegypten und Palästina.

Sparer Kohlenabkommen und Hochseefischerei.

Geestemünde, 15. Januar. (T. U.) Von den verheerenden Folgen des Kohlenabkommens von Spaa ist besonders stark die deutsche Hochseefischerei betroffen. Sie ist nicht imstande, die Besprechungen im Laufe des Vormittags zu Ende zu führen und werde sich dann gegen Mittag zum Präsidenten Millerand begeben, um ihm das Ergebnis der Besprechungen mitzuteilen und seine endgültige Entschließung bekanntzugeben.

Wie die Blätter berichten, hat Poincaré, als ihm das Finanzministerium angeboten wurde, erklärt, daß nach seiner Ansicht die allgemeine Politik, besonders die Fragen der Reparation und der Ausführung des Versailler Vertrages, von entscheidendem Einfluß auf die finanzielle Lage sei. Er habe hinzugefügt, daß er, nachdem er schon zu diesen wichtigen Fragen Stellung genommen habe, die Verantwortlichkeit für ein Ministerium, das von diesen Fragen direkt berührt werde, nicht übernehmen könne, wenn er keinen Einfluß bei der Führung der notwendigen Verhandlungen habe. Paret habe darauf Poincaré in Aussicht gestellt, daß er als Finanzminister einen Einfluß auf die auswärtige Politik erhalten würde. Poincaré habe dieses Anerbieten als unklar bezeichnet. Paret habe ihm darauf das Ministerium für nationale Verteidigung angeboten, daß Poincaré aber ebenfalls abgelehnt habe. Poincaré habe gesagt, er könne nur das Portefeuille des Aeußern übernehmen.

Veränderungen im Finanzministerium.

Ein hiesiges Morgenblatt berichtet über eine „Flucht aus den preußischen Ministerien"; eine ganze Anzahl leitender Beamter soll in letzter Zeit aus dem preußischen Finanzministerium ausscheiden.

Richtig ist, daß der Geheime Oberfinanzrat Wolkmann als Leiter des Finanzwesens des Freistaates Danzig berufen geht, ferner daß Oberfinanzrat Dienel in die Staatsschuldenverwaltung berufen wurde und daß der Geheime Oberfinanzrat Weber als Senatspräsident an das Oberverwaltungsgericht geht. Geheimer Finanzrat Freudenberg ist bereits seit einiger Zeit in den Ruhestand versetzt. Unrichtig ist ferner die Meldung, daß der Ministerialdirektor Dr. Lüb, Sandrock und Faborsky in den Reichsdienst übertreten. Auch die Behauptung, daß Staatssekretär Weber, der sich zurzeit in Hannover aufhält, als Nachfolger von Leinert, den Posten als erster Bürgermeister von Hannover annehmen wolle, entbehrt der Begründung.

Der sächsische Gesetzentwurf über Volksbegehren.

Dresden, 15. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Das sächsische Gesamtministerium hat gestern den Gesetzentwurf über Volksbegehren und Volksentscheid verabschiedet; er wird nunmehr sofort dem Landtage zugehen. Der Entwurf sieht nach bayerischem Muster ein Zulassungsverfahren vor. Danach bedarf der Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens der Unterschrift von tausend Stimmberechtigten, deren Stimmzeit durch eine Bestätigung der Gemeindebehörde ihres Wohnorts nachgewiesen ist. Davon kann abgesehen werden, wenn der Vorstand einer Vereinigung glaubhaft macht, daß 20 000 ihrer stimmberechtigten Mitglieder gehören. Das Landtagswahlrecht gelten als stimmberechtigt. Das Gesetz bestimmt weiter den Abstimmungstag und veröffentlicht ihn und den Gegenstand des Volksentscheides in der sächsischen „Staatszeitung".

Unfaten in Oberschlesien.

Meldungen des W. T. B.

Ratibor, 14. Januar.

Gegen die Wohnung des früheren Gemeindevorstehers W. in Groß Gorzütz wurde ein Dynamit-Attentat verübt. Es wurde Dynamit durch das Fenster in die Wohnung geworfen. Durch die Explosion wurde schwerer Sachschaden angerichtet, Personen wurden nicht verletzt. Am gleichen Abend wurde in Groß Gorzütz eine Drohmeldung in ein Gasthaus geschendert. Von den anwesenden Gästen wurden mehrere verletzt, zwei von ihnen erheblicher.

Kattowitz, 14. Januar. Heute nachmittag wurde in Kostuchna ein Postwagen von unseren Banditen überfallen. Von den Beamten, die sich zur Wehr setzten, wurde einer schwer verletzt. Die Banditen raubten etwa 28 000 ℳ Postgelder und ergriffen dann die Flucht. Der Postwagen war vor etwa sieben Wochen schon einmal an der gleichen Stelle überfallen worden, wobei den Banditen etwa 40 000 ℳ in die Hände fielen.

Die Ausweisungen.

Breslau, 14. Januar. (W. T. B.) Der Bezirksoberrat Breslau als Vertretung der gesamten Behördeschaft des Regierungsbezirks Breslau hat bei der Interalliierten Kommission schärfsten Protest gegen die Ausweisung des Lehrers Hartmann-Gleiwitz, des Vorsitzenden des Bezirksoberrates Oppeln, erhoben und die umgehende Zurücknahme des Ausweisungsbefehls gefordert.

Oppeln, 14. Januar. (W. T. B.) Die Interalliierte Kommission in Oppeln veröffentlicht einen Erlaß, wonach Versammlungen den Kreisschriftleitern durch eine vorgeschriebene Erklärung schriftlich angezeigt werden müssen. Die Einhaltung dieser Vorschriften zuwiderhandelnde, machen sich strafbar. Die Vorschrift tritt am 16. Januar in Kraft.

Die Bezirksgruppen Groß-Berlins und der Provinz Brandenburg der Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier haben im Namen von mehr als 50 000 abstimmungsberechtigten Oberschlesiern in einer Entschließung ihrer Empörung darüber Ausdruck gegeben, daß das Reglement der Interalliierten Kommission sich in wichtigen Bestimmungen mit dem Friedensvertrag in Widerspruch setzt und die Abstimmung im polnischen Sinne zu beeinflussen geeignet ist.

Ritterkreuz der Ehrenlegion an Belgrad.

Belgrad, 15. Januar. (D. R.) Der Präsident der französischen Republik hat der Stadt Belgrad das Ritterkreuz der Ehrenlegion mit folgendem Schreiben überreichen lassen: „Kiniet der ersten und bedeutsamsten Opfer des großen Krieges, dessen Bevölkerung bombardiert und das vom Feinde besetzt worden war, hat Belgrad nicht aufgehört, Proben seines nicht zu erschütternden Mutes abzulegen. So wurde es ein herrliches Symbol der Widerstandskraft und des Sieges eines heldenhaften Volkes, das nicht bestimmt war unterzugehen. Das Ritterkreuz wurde dem Magistrat der Stadt Belgrad durch den General Franchet d'Esperey, dem alten Führer der Orientarmee, überreicht. Nach Rücksprache mit Belgrad die zweite ausländische Stadt, die das französische Ritterkreuz erhalten hat.

Die Furcht vor deutscher Konkurrenz.

Eigene Drahtmeldung.

London, 15. Januar.

Die englische Presse führt mit ihren, hier großes Aufsehen hervorrufenden Ausführungen über die Neuaufrichtung des deutschen Handels fort. Der Zeitung „Daily Chronicle" geht aus Berlin eine telegraphische Meldung zu, wonin die Kürzlich vom Präsidenten der Cunard Linie gemachten Feststellungen durch weitere Beispiele erglänzt werden. Es wird unter anderem darauf angeführt, daß die Hamburg-Amerika Linie ihr Betriebskapital bedeutend vermehrt habe, in der Absicht, verschiedene andere Gesellschaften in sich aufzunehmen und zu einem Megaverbund zu vereinigen. In einem Leitartikel betont dieselbe Zeitung, mit Nachdruck, Deutschland genieße den Vorteil der schnellen und billigen Arbeit, während der englische Arbeiter langsam und teuer arbeite.

Es wird dann fortgefahren: „Der deutsche Handelsgeniale, dichtung, mit derselben Zunge, mit Nachdrucksvollen Worten die Wiedererlangung ihrer sich und sein Reichtuch in der Hand, drang tief in das Innere von China vor. Er legte den Grund zu einem bedeutenden deutsch-chinesischen Handelsverkehr, und es gelang ihm, einige wichtige Konzessionen dadurch zu erhalten, daß er die internationalen Rechtsgrundlagen des europäischen Handels in China gestürzte und alles von dem guten Willen der Chinesen abhängen ließ. Das deutsche Ruhrdrittes Amt besitzt auch heute Beschränkungen für diese Bestrebungen und bereitet Maßregeln vor, durch die den in China ansässigen Europäern Konzessionen eine Neuerröhrung ihrer Tätigkeit ermöglicht werden soll."

★

Die englische Presse hat den deutschen Handel immer angesehndet; sie tut es jetzt im Hinblick auf die englische Wirtschaftskrise wieder mit stärkerem Nachdruck. Mit besonderem Argwohn werden Schiffahrt und Handel der Deutschlands, deren Emporblühen England bekanntlich zum Eintritt in die Koalition der Feinde Deutschlands bewog, verfolgt. Die jüngste Kapitalserhöhung der Hamburg-Amerika Linie hat den besonderen Unwillen des englischen Blattes erregt. Daß die neuen Mittel dazu dienen sollen, einen Riesenfruft in der deutschen Schiffahrt zu bilden, ist um wen. Es wurde überdies ein Trust ohne Schiffe sein, denn diese sind auf Grund des Friedensvertrages in englischen Besitz übergegangen. Natürlich darf es in einer englischen Darstellung nicht an der nötigen Verunglimpfung des deutschen Ueberseekaufmanns fehlen. „Mein ist die Welt" heißt seine Devise. Daran wird er trotz aller Kriegsfindung, von welcher Seite sie auch kommen mag, festhalten.

Die Konferenz der Ernährungsminister.

Eigene Drahtmeldung.

Dresden, 15. Januar.

Die Konferenz der deutschen Ernährungsminister hat heute in Dresden unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Dr. Hermes begonnen. Es waren Vertreter aller deutschen Länder anwesend. Zu Beginn der Verhandlungen wies Dr. Hermes darauf hin, daß die Festsetzung der Mindestpreise für Getreide der Ernte 1921 bald erfolgen müsse, wenn auch die endgültige Festsetzung der Form der Getreidewirtschaft für das kommende Jahr noch nicht vorgenommen sei.

Ueber die Form schwebten zurzeit noch Erwägungen, wobei Gewißheit darüber bestünde, daß einerseits die öffentliche Bewirtschaftung aufrechterhalten werden müsse, andererseits aber eine andere Form der Bewirtschaftung notwendig sei. Der Minister machte darauf noch einige wichtige Ausführungen über Düngemittel. Er teilte mit, daß auf dem Gebiet der Phosphorsäure eine befriedigende Wirung mit dem Reichsfinanzministerium erzielt worden sei. Das Reichsfinanzministerium hat seine Zustimmung zu den Plänen des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft erteilt, wonach durch eine Reichsgarantie die Superphosphatindustrie in die Lage versetzt wird, auf der Grundlage einer monatlichen Ration von etwa 40 000 Tonnen die Einfuhr von Rohphosphat für zwölf Monate durchzuführen.

Das Reichskabinett hat gleichzeitig seine Zustimmung zu dem Vorschlag gegeben. Die Preise werden in diesem Düngejahr unverändert bleiben. Im neuen Düngejahr soll aber eine Senkung eintreten. Im übrigen teilte der Reichsminister noch mit, daß zurzeit eine umfassende Denkschrift über die Regelung der gesamten Düngefangen im nächsten Düngejahre im Reichsernährungsministerium bearbeitet werde, die auf einer der nächsten Ministerkonferenzen vorgelegt werden soll.

Goldmarkprämie und Bergarbeiterschaft.

Sch. Dutsburg, 14. Jan. Sig. Drahtmeldung. In den Kreisen der Bergarbeiter des Industriegebiets wird die Forderung der Entente auf Verzicht auf die Goldmarkprämie mit großer Empörung verfolgt. Schon vorher glaubte die Bergarbeiterschaft, daß diese Prämie, die zu besseren Ernährung und Kleidung der Bergarbeiter dienen sollte, nicht ihrem Zwecke zugeführt werde. Die Leute wollen unter keinen Umständen auf die Gelder verzichten. So hat z. B. die Zahlstelle Sterkrade des alten Bergarbeiterverbandes den Vorstand aufgefordert, das Ueberschüssigkeitskommen nicht mehr zu gewähren, falls die Regierung nicht restlos die Gelder aus der Goldmarkprämie ihrer Bestimmung zuführt.

Die Kommunisten bogegen arbeiten mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß überhaupt keine Ueberschüssigkeiten mehr verfahren werden. So hat die zum großen Teil kommunistisch-organisierte Belegschaft der Zeche „Viergarbt" in Dutsburg beschlossen, überhaupt keine Ueberschüssigkeiten mehr zu verfahren, weil die dadurch gewonnene Kohle nicht der deutschen Bevölkerung, sondern nur ausländischen Schiebern zugute komme. Erst, wenn die Regierung eine Kontrolle durch die Belegschaft selbst einrichte, wolle man wieder Ueberschüssigkeiten verfahren.

Bevorstehende Anerkennung Konstantins?

Eigene Drahtmeldung.

Dr. **Athen**, 15. Januar.

Nach offiziellen Informationen hält man die Anerkennung Konstantins durch die Ententemächte für bevorstehend. Davon hängen die Neuernennung König Konstantins durch die Entente-Reise König Konstantins an die Smyrna-Front ab.

Die griechischen Truppen haben die Offensive an der Brusa-Front erfolgreich aufgenommen. Die Bogha-Linie bei Eskischehir ist überschritten und der Hauptpunkt des Widerstandes der Türken bei den Höhen von Bogaschlichi gebrochen. Die Türken haben große Verluste und ziehen sich, große Beute hinterlassend, auf Eskischehir zurück. Drei türkische Divisionen sind vernichtet und ein General gefangen.

Nach einer Havasmeldung soll bogegen General Papulos wieder nach Smyrna zurückgeschickt sein. Man glaubt, daß die griechische Offensive aufgehalten werde. Die Armee ziehe sich auf ihre frühere Stellung zurück.

London, 14. Januar. (W. T. B.) Reuter berichtet aus Konstantinopel, daß der griechische Oberkommissar für Konstantinopel Kanellopulos von seinem Posten zurückgetreten ist.

Unterzeichnung des Suezkanals.

ℳ **London**, 15. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Regierungskreisen verlautet, daß eine Untersuchungskommission den Bau eines Tunnels unter den Suezkanal empfohlen hat, um einen direkten Eisenbahnverkehr zwischen Aegypten und Palästina möglich zu machen. Die englische Regierung hat dem Plane zustimmt und die erforderlichen Verhandlungen eingeleitet.

Schluß der Mailänder Tagung.

□ **Mailand**, 15. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Vertreter der Völkerbundsvereinigungen Italiens und der Mittelmächte haben am Freitag die letzte Sitzung abgehalten und sich nach Schluß zu einem Abschiedsbankett versammelt. In den Trinksprüchen wurde die rasche Rückkehr und die Verbrüderung der Völker gefeiert. Die Teilgenten dankten der italienischen Vereinigung für die von ihr veranstaltete Zusammenkunft.

Eine amtliche Mitteilung stellt die Gerüchte von irgendwelchen Beschlüssen im italienischen Kabinett entschieden in Abrede.

Für Revision des Rapallovertrages.

→ **Klagenfurt**, 14. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die gewesenen Abgeordneten der von Italien im Frieden von Rapallo abtretenden kärntnerischen Gebiete in den Küstenländern von Kranin und Dalmatien überreichten der Botschafterkonferenz, den Regierungen der alliierten und neutralen europäischen Staaten der Pariser Botschafterkonferenz und dem Völkerbunde eine Erklärung, welche gegen das Uebereinkommen von Rapallo protestiert und feierlich erklärt, daß zwischen Jugoslawien und Italien trotz aller traumhaftschlechten Formen des Vertrages von Santa Marguerita kein dauernder Friede und keine Freundschaft bestehen könne, bis das Slowenien zugefügte Unrecht gutgemacht und eine Revision des Vertrages von Rapallo erreicht sei.

Polnische Propaganda in Bayern.

bk. **München**, 15. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Polen entwickeln in jüngster Zeit auch in Bayern eine recht umfangreiche Propaganda, um die hier lebenden abstimmungsberechtigten Oberschlesier für ihre Zwecke zu gewinnen. Wie man bekannt wird, befindet sich die Zentrale dieser Propaganda für den Gau Süddeutschland und die Rheinprovinz in Landshut. Sie wird von einem Herrn Kruschowsky geleitet.

Die russische Konstituante

Dem „Tempo" zufolge sind in der Gruppe der früheren Deputierten der russischen Konstituante, die sich jetzt in Paris versammelt hat, 22 Deputierte der sozialrevolutionären Partei, 5 Deputierte der Kadettenpartei, zwei Muselmänner, ein Kosakendeputierter und ein Volkssozialist vertreten. Es wurden von den Vertretern dieser Parteien Erklärungen abgegeben, die trotz der Verschiedenheit ihrer Parteiansichten doch eine gemeinsame Front gegen den Bolschewismus ergeben.

Im Namen der sozialrevolutionären Partei erklärte Semjinow, die Bolschewisten hätten unter dem Deckmantel der sozialistischen Phraseologie das russische Volk zu Sklaven gemacht. Der Bolschewismus sei zu einer Evolution unfähig. Rußland müsse eine demokratische föderative Republik werden, das Land müsse denjenigen gehören, die es bearbeiteten, die Arbeiter müßten gemäß ihren Rechte als Produzenten an der Leitung der Staatsbetriebe vertreten sein, und die Konstituante müsse vom ganzen Volk gewählt werden. Dabei sprach sich der Redner gegen eine europäische Intervention gegen den Bolschewismus aus, weil durch derartige Hilfe der Bolschewismus nur gestärkt werde.

Im Namen der Kadettenpartei erklärte der langjährige Führer der Partei, Miljukow, der Kampf gegen die Bolschewisten auf den bewaffneten Fronten in Rußland habe jetzt Schiffbruch erlitten, jedoch werde der Gedanke der Notwendigkeit eines aktiven Kampfes gegen die Bolschewisten von allen Parteien, die auf der Konferenz vertreten sind, geteilt. Eine Rückkehr zum Alten sei in Rußland nicht mehr möglich. Die einzige Rettung sei, in Rußland eine neue Ordnung zu schaffen, die auf einer föderativen Grundlage des Selbstbestimmungsrechts fußt, wobei das Land den Bauern gehören müsse. Die Aufgabe der Pariser Konferenz könne nur darin bestehen, die Interessen Rußlands im internationalen Rahmen zu verteidigen. Miljukow schlug vor, daß zur Konferenz auch Vertreter anderer russischer Gruppen, die in einer gewissen Aufehens erkennen, zugelassen werden sollten.

Ein Vertreter der Tataren Makfudow erklärte, die Tataren würden sich nie auf die Seite der Bolschewisten einlassen. Die russischen Tataren wollten ihre Zukunft nicht auf der Verfassung des russischen Volkes aufbauen, denn ihr Schicksal sei mit demjenigen des russischen Volkes unzertrennbar verbunden. Die Rechte der Nationalitäten in Rußland könnten nur von dem demokratischen Rußland beschützt werden.

Im Namen der Volkssozialisten erklärte Tschaikowsky, der Bolschewismus sei das größte Hindernis zur Wiederherstellung des Friedens und der wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt nach dem Kriege. Die Sowjetmacht und die Konferenzen, welche die bolschewistische Regierung mit dem Ausland abschließen würde, können das russische Volk nicht binden. Die Anerkennung der bolschewistischen Regierung wäre eine Verletzung der Würde des russischen Volkes.

Schließlich erklärte der Kosakenvertreter Charlamow, nur das demokratische Rußland könne den Kosaken ein Leben freier Bürger gewähren. Die Kosaken hätten drei Jahre lang gegen die Bolschewisten gekämpft, jetzt seien sie zwar besiegt, würden sich jedoch niemals weder politisch noch wirtschaftlich der Sowjetdiktatur unterwerfen.

Die Konferenz wird noch zwei bis drei Wochen dauern.

Der Kongreß beschloß, über folgende Fragen zu beraten: 1. das Verhalten der Ausländsstaaten zur Sowjetrepublik; 2. der Handel mit Sowjetrußland; 3. das Nichtzustandekommen der Konzessionsverträge der Sowjetregierung; 4. die Annexion russischen Gebiets durch Auslandsstaaten; 5. das Verhalten zu den russischen Randstaaten; 6. die Lage der russischen Staatsbürger im Auslande; 7. das russische Staatsvermögen im Auslande; 8. die Lage der russischen Internierten und Kriegsgefangenen und 9. die Mittel zur Durchführung der Beschlüsse der Konferenz. Auf Antrag des Delegierten der Tataren-gruppe Makfudow wurde auch die Nationalitätenfrage in Rußland in das Konferenzprogramm aufgenommen.

Der neue Präsident im Völkerbundsrat.

Drahtmeldung.

Paris, 15. Januar. (D. R.)

In Ausführung eines gemeinsamen Beschlusses der Bundesmitglieder hat der bisherige Vorsitzende des Rats Hymans den Vorsitz an den brasilianischen Botschafter da Cunha abgegeben.

Angesichts der selbständigen Haltung, die Argentinien gegenüber dem von Paris und London gelenkten Krumpfdiktatorrat einnommen hat, und der Zustimmung, die dieses Auftreten in anderen südamerikanischen Ländern, wie Kolumbien und Chile, gefunden hat, erachtet es die Entente offenbar für geboten, einem südamerikanischen Großstaat den Vorsitz des Völkerbundsrats zu übertragen. Man will damit dem Selbstgefühl der Brasilianer schmeicheln und den Argentiniern zeigen, was sie durch ihren Austritt verloren haben, Brasilien aber gleichzeitig vor den Wegen der Völkerbundsbeschlüsse spannen und von etwigen Seitenspringen abhalten. Aus ähnlichen Erwägungen heraus haben die Alliierten ja auch Spanien als einzige neutrale Macht in den Rat des Völkerbundes berufen. Solche Manöver mögen im Augenblick nützen, sie können aber schließlich bankende Völker auf die Dauer nicht davon abhalten, die ganze Heuchelei des mit dem Versailler Friedensvertrag verschmolzenen Völkerbundes zu erkennen.

Dem brasilianischen Botschafter da Cunha war übrigens dem Völkerbundsrat die Versicherungen über die Bergewaltigung Eupens und Malmedys übergeben worden.

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

Portugal.

Bei der Genfer Völkerbundstagung hat der Vertreter Portugals Afonso Costa eine Haltung eingenommen, die einen gewissen Gegensatz zum französisch-englischen Standpunkt darstellte. Die Gründe für dieses Auftreten liegen darin, daß Portugal für seine Leistungen im Weltkriege eine andere Belohnung erwartete, als sie ihm zuteil geworden ist. Ein Berichterstatter der „Times" hat die Tätigkeit des Landes während des Krieges zusammengestellt, freilich nicht erwähnt, daß eben Afonso Costas Gegner Sidonio Paes als Präsident der Republik von monarchistischer Seite ermordet wurde. Es ist bezeichnend für die innerpolitischen Schwierigkeiten befindlichen Landes am Westrand von Europa gewarnt hat. Portugal sollte nach ihm sich auf die Aktion in Afrika beschränken, wo es dann wenigstens gewisse Abrundungen aus dem deutschen Kolonialbesitz erwarten haben könnte, während es heute leer ausgeht. Gegenwärtig dürfte sich auch Costa zur Auffassung seines erneuerten Gegners bekannt haben. Der Korrespondent des Eindhalsten schildert ferner die finanzielen Nöte, in denen sich Portugal befindet. Es haben inzwischen drei Finanzminister Cunha Leal bereits zum Rücktritt bewogen. Es wird in der Darstellung des Berichterstatters weiter auf die Kapitalflucht hingewiesen, die mit den neuen Steuerplänen zusammenhängt, und hervorgehoben, daß die Banken kein flüssiges Geld hätten, sowie daß die Kosten der Behauptung höher als in irgendwelchen anderen Lande der Entente sind. Dabei wird der natürliche Reichtum des Landes mit seinen neu entdeckten und entwicklungsfähigen Kohlenvorkommen für Gemüse, Fleisch und Fische und seinen Bodenerzeugnissen betont. Unerschöpfliche Wasserkräfte sind vorhanden, es gibt Zinn, Kupfer, Eisen, Wolfram, ja auch Kohlen, ferner Kork, Wein, Holz, Seide.

Die Grundlagen zu einer gesunden Entwicklung wären also gegeben, wenn es nur gelänge, eine sichere politische Lage zu schaffen. Durch die Revolution ist ein starker Riß in die Bevölkerung getragen worden, der von den erbitterten Fragestellung monarchistisch gesinnt ist, während in Lissabon stark linksradikale Elemente vorhanden sind. So hat es eine Regierung nicht leicht, Ordnung zu halten, und überhaupt ein Programm aufzustellen, zumal die in lateinischen Ländern üblichen starken politischen Mindestäten eine wichtige Rolle spielen.

Der Berichterstatter der „Times" unterstreicht die Wichtigkeit des Patriotismus, dessen Lage sich außerordentlich entwickelt habe. In diesem Zusammenhang betrifft der englische Korrespondent die in brasilischen Blättern erschienenen Behauptungen von Gunstgewerben gegen die Eingeborenen auf Sao Tomé, dem Mittelpunkt der Kakaoerzeugung. Den Kernpunkt seiner Ausführungen bezeichnet er aber, wenn er hervorhebt, Portugal brauche Kapital aus den Entente-Staaten und der britische Handel müsse sich um den portugiesischen Markt mehr kümmern, als jetzt geschehe. Durch die Ware halten, Waren ohne vorherige Zahlung nicht zu liefern, verscherzen sich die englischen Kaufleute die Sympathie der portugiesischen Handelswelt. Er habe gehört, wie man in diesen Kreisen erklärt habe, die Portugiesen würden dadurch den Deutschen in die Arme getrieben. Es ist bezeichnend, wie auch erwähnt, daß die Franzosen bei ihrer Kreditgewährung weitherziger seien. Die Angst des Mannes der „Times" ist aber weniger der französische Wettbewerb als die Wiederkehr der einst blühenden Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Portugal, Ihren Neuaufnahme der soeben verstorbene portugiesische Gesandte in Berlin, Lambertino Pinto, als seine wichtigste Aufgabe bezeichnete.

Unsere Kriegsgefangenen.

Meldung des W.T.B.

Genf, 14. Januar.

Die Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Polen und der Sowjet-Regierung sind für das Werk der Heimschaffung der Kriegsgefangenen günstig, welches Dr. Nansen im Namen des Völkerbundes leitet. Die politische Regierung teilte, wie das Sekretariat des Völkerbundes meldet, mit, daß sie bereit sei, den Austausch von Kriegsgefangenen aus Rußland oder nach Rußland durch ihr Gebiet zu erleichtern. In kurzer Zeit wird eine Zug von Riga oder Danzig zusammentreten, um die Einzelheiten der Durchführung zu regeln.

Mit Genehmigung der französischen Regierung haben nach einer Pariser Meldung Pastor Hoerstel aus Morgenly auf Ilsdom und Professor Dr. Paffrath aus Paderborn den noch in Frankreich zurückgeblieben 187 deutschen Kriegsgefangenen in den Lagern von Avignon, Cuers und Agay im Auftrage der deutschen Regierung einen dringlichen Besuch abgestattet. Die französischen Behörden zeigten den beiden Geistlichen größtes Entgegenkommen. Sie konnten ungehindert ihre geistlichen Funktionen ausüben und mit den einzelnen Leuten sprechen. Es kann erfreulicherweise mitgeteilt werden, daß bei die Gesundheit der Kriegsgefangenen dabei sehr gut. Die deutschen Kriegsgefangenen haben die beiden Geistlichen beauftragt, den Volksgenossen dafür zu danken, daß sie ihnen nicht vergessen und sie zu Weihnachten und Neujahr so reichlich bedacht haben.

Berlin, 14. Januar. (W. T. B.) Wie „Journal des Débats" aus Valenciennes meldet, wurde dort ein deutscher Staatsangehöriger, der beschuldigt wurde, während des Krieges als Soldat einem Einwohner von Anzin die Summe von 17875 Franken entwendet zu haben, zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Kohlenlieferungen.

In einer Sonnabendsitzung ist über den gegenwärtigen Stand der Kohlenverhandlungen nach Abkauf des Abkommens von Spaa berichtet worden. Es ist dem Bericht kaum neues von den Diplomaten erhalten, daß mit der Forderung der Reparationskommission an die Deutsche Kriegslastenkommission die Angelegenheit gewissermaßen erledigt sei.

Nach Erkundigungen an zuständiger Stelle ist die Fassung dieser Mitteilung Sache war. Die deutsche Regierung hat die Forderungen der Reparationskommission nicht schlechthin und die Forderungen lediglich als Diktat betrachten können. Die deutsche Regierung wird mit der Reparationskommission ausführliche Darlegungen der gegenwärtigen Kohlenlage in Deutschland machen.

Eine Arbeitsgemeinschaft der Presse.

Leipzig, 14. Dezember. (T. U.)

In der Verhandlung zwischen den Vertretern des Verleegeberverbandes für das deutsche Zeitungsgewerbe und des Reichsverbandes der deutschen Presse erklärten die Verlegervertreter, daß sie von Reichsverband der deutschen Presse ihnen eingereichten Entwurf des Reichstarifs nicht annehmen könnten, weil die Mandatare einen Reichstarif für ungeeignet halten. Die Vertreter des Reichsverbands verkennen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß ein Reichstarif unbedingt notwendig sei.

Vollkommen einig waren die Vertreter beider Verbände in der Ablehnung der Bildung der Zeitungsgemeinschaft der deutschen Presse. Es wurde die Wahl einer schiedsrichterlichen paritätischen Kommission beschlossen, deren Aufgabe es sein soll, ohne an irgend ein Mandat gebunden zu sein, den Versuch zu machen, die gegenseitigen Ansichtungen darüber zu klären, in welcher Weise sowohl die materiellen und geistigen Interessen der Journalisten als auch die durch die Verleger und Redakteure gemeinsam zu vertretenden grundsätzlichen Interessen der Presse am besten wahrgenommen werden können. Für die Beratungen werden der Kommission der Vorsitzende der Verleger über die Aufgaben einer Reichsgemeinschaft und der vom Reichsverband eingereichte Entwurf eines Reichstarifes überwiesen.

Unabhängig von diesen Beratungen und ihren Ergebnissen erklärten die Vertreter des Arbeitgeberverbandes, daß ihr Verband — in Fühlung nahme mit dem Reichsverband der deutschen Presse — sofort alles daran setzen werde, um für bisherigen Landesverbände, in denen Bücher tarifsäle — nachgingen oder entsprechende Vereinbarungen zwischen Verlegern und Redakteuren bestehen, Verhältnisse zu schaffen, die einer Verzögerung nicht genügen, den Abschluß und die Durchführung betriebsgender Vereinbarungen herbeiführen zu können. Es wurde ein zweites Kommission, deren Aufgabe es sein wird,

Reichshauptstadt.

Abrücken der Elektriker von Sylt.

Eine Erklärung des Stadtbaurats Horten.

Das „Berl. Tageblatt" hatte vor kurzem eine Nachricht gebracht, nach der Sylt in einer Versammlung erklärt hatte, die Stadtbauräte hörten auf der Seite der Radikalen stünde und bereit sei, mit ihnen die Leitung der Werke zu übernehmen. Dem gegenüber wurde von uns und unserem A. N.-Mitarbeiter, daß er Sylt seit November nicht gesprochen habe und daß er daher nicht wisse, was Sylt zu solchen Aeußerungen käme. Außerdem wird aus den Kreisen der Belegschaft erklärt, daß an eine Einstellung Sylts nicht mehr gedacht wird. Die Belegschaft ist nur zu etwa ein Drittel radikal. In Verbindung damit steht die folgende wichtige Entschließung des Betriebsrats des städtischen Elektrizitätswerks:

Heute Mittag 10 Uhr fand eine Sitzung des Betriebsrats des städtischen Elektrizitätswerks Zentrale Mobilt mit Stadtbaurat Horten und Stadtrat Schlichting im Direktionsgebäude der Gaswerke statt. In dieser Sitzung wurde der im „Berl. Tageblatt" am 14. Januar erschienene Artikel unter dem Titel „Räterepublik in dem städtischen Betrieben" besprochen.

Es wird Betriebsrat erklärt ausdrücklich, daß er mit diesem Artikel nichts zu tun hat und auch Herr Sylt in der betreffenden Betriebsversammlung diese Aeußerung nicht getan hat. Der Betriebsrat lehnt es ab, in dem in dem Artikel geschilderten Sinne zu arbeiten, sondern steht auf dem Boden der bis jetzt in den Betrieben geübten Arbeitsgemeinschaft. Der Arbeiterrat verpflichtet sich, in diesem Sinne aufklärend unter der Belegschaft zu wirken, damit ein besseres Zusammenarbeiten positiver Arbeitskraft und Betriebsleitung ermöglicht wird. Es wurde festgestellt, daß die in letzter Zeit zwischen Betriebsleitung und Belegschaft entstandenen Differenzen hiermit beigelegt sind.

(gez.) Liebing, Frommelt, Blank.

Es wurde weiter erklärt, daß, falls Sylt die angeführte Aeußerung getan habe, er sie nicht offiziell getan hätte.

Die Schließung der Löwe-Werke vor dem Schlichtungsausschuß.

Die gestrigen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß (Vors.: Berlin über den Konflikt bei der Ludwig Loewe A.-G., führten zu einer einstimmig gefaßten Entschließung der Kammer. In dieser wird erklärt, daß die Leitung des Betriebes durch die bekannten Vorgänge und durch das Verhalten des Betriebsrats, der wegen der Forderungen der Angestellter eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses hätte herbeiführen müssen, beeinträchtigt worden sei, und daß der Betriebsrat sich bedauerlich zur Schließung des Werkes für berechtigt halten konnte. Der Schlichtungsausschuß empfiehlt jedoch der Ludwig Loewe A.-G., innerhalb eines Zeitraumes von zwei Wochen den Betrieb unter gleichen Bedingungen wie vor wieder aufzunehmen. Die Betriebsleitung hat das Recht, Arbeitern, die sich gegen die Ordnung schwer vergangen haben, die Wiedereinstellung zu verweigern. Sollte es in dieser Frage zu Streitigkeiten kommen, so liegt die endgültige Entscheidung beider beim Schlichtungsausschuß. Beide Parteien haben bis Dienstag Zeit, sich über Annahme oder Ablehnung dieses Beschlusses zu äußern. — Im Stadtbezirk Wedding, wo am gestrigen Freitag nachmittag eine von ca. 3000 Arbeitnehmern besuchte Versammlung der Werkstätten Belegschaften zustimmte, wurde dieser Verhandlungsergebnis sehr abfällig aufgenommen. Am Sonntag soll eine Konferenz der Obleute aller Industrien Groß Berlins, sowie der Vertreter der sozialistischen Parteien abgehalten werden, die sich mit dem Konflikt bei Ludwig Loewe befassen soll. Ueber die endgültige Stellung der Werkstätten Arbeiter wird voraussichtlich die am Montag vorzutragende allgemeine Betriebsversammlung entscheiden.

Der Vorsitzende des Bundes Moser, Im Anfang der gestrigen Sitzung der Verkehrsbeamten kam kein Ausschreiben des Syndikus Moser und aus der Direktion der Berliner Straßenbahn zur Sprache. Es entspann sich insbesondere eine lebhafte Debatte darüber, daß jedem „Berliner Tageblatt" das Rückkritzschreiben des Syndikus Moser ohne Rücksicht mit der Deputation veröffentlicht hat. Von der Verwaltung wurde bestätigt, daß der Schreiben des Syndikus Moser nur einen vertraulichen und überzeugenden Moment sei und daß die von ihm aufgestellten Behauptungen nicht durchweg den Tatsachen entsprächen. Es wurde beschlossen, durch den Berliner Magistrat eine Richtigstellung dieser Angelegenheit erfolgen zu lassen.

Der Deutsche Schutzbund beabsichtigt auch in Berlin, wie es in den übrigen Städten des Reiches bereits geschehen ist, einen Zusammenschluß aller Kreise, die bereits sind, den Schutzbund- und Auslandsdeutschen zu helfen und zu raten und die Arbeiten der obenerwähnten Abteilungen in einer zur möglichen Hilfe zu unterstützen. Selbständigkeit und Einzelarbeit der angeschlossenen Körperschaften und Einzelpersonen bleiben erhalten. Die Verbrauchung will der Schutzbund beziehungsweise, Doppelarbeit verhindern und die Wirkung durch planmäßige Zusammenarbeit verdoppeln. Es ergeht daher der Ruf an alle Vereine, Verbände und Einzelpersonen, an der am 17. Januar 1921, nachmittags 5 Uhr im großen Sitzungssaal des Herrenhauses stattfindenden Vorbesprechung teilzunehmen.

Eine Reichsgründungsfeier der Deutschen Volkspartei. In den Räumen des Reichstages der Deutschen Volkspartei, Berlin, Schadowstraße 7, wird am 18. Januar eine vaterländische Feier der Wiederkehr des Tages, an dem vor 50 Jahren das Reich gegründet wurde, stattfinden, an der, wie wir hören, die drei der Deutschen Volkspartei angehörenden Minister sowie andere führende Persönlichkeiten des öffentlichen und industriellen Lebens teilnehmen werden. Die Festansprache hat Dr. Stresemann zu übernommen.

Ein neuer Weg zur Bekämpfung des Wettverbrecertums. Der Kopenhagener Polizeiinspektor Hakon Jörgensen hat im Jahre 1915 mit der Ausarbeitung eines ganz neuen Fernbedentifizierungsverfahrens auf Grund von Fingerabdrücken begonnen, das er im Laufe der Zeit so vervollkommnet hat, daß man von einem unübertreffbaren Hilfsmittel bei der Verhütung des internationalen Verbrechertums sprechen kann. Dieses Verfahren besteht darin, daß in einer von der Sprache ganz unabhängigen Form die Fingerabdrücke und andere Merkmale durch Zahlen in der Weise bewertet werden, daß sie mit aller Sicherheit aus dem besonders geordneten Register wieder herausgefunden werden können. Das Generalsekretariat außer den Fingerabdruckformeln auch die Signalementskarten nach Berlin, die Gruppierung der Verbrecher nach Spezialitäten, ein Namenregister, Spitznamenregister und ein Geburtsdatumsregister. Es wird beabsichtigt, das in Kopenhagen eingerichtete Bureau zu einem Identifikationsbureau auszugestalten.

Festnahme eines Verbrecherpaares. Zwei Diebespezialisten konnten gestern abend von der Berliner Kriminalpolizei in ihren Schlafzimmer verhaftet werden. Beide wurden schon seit längerer Zeit gesucht, hatten es aber verstanden, sich allen Verfolgungen geschickt zu entziehen. Es handelt sich um den früheren Kutscher Johann Wiatro, der nebenbei auch als Artist wirkte und dem seine Gewandtheit als solcher sehr zustatten kam. Bis zu Dezember 1919 gelangen war, ihn festzustellen, gelang es dem Kriminalpolizei schon bald darauf, wieder aus dem Polizeigefängnis zu entweichen. Er nahm sein altes Treiben wieder auf und lebte mit seiner Geliebten, einer Gertrud Buda, in dem gemeinsamen Versteck in der Kurmstraße. Wünsch, der auch gelegentlich als Einrohrfahrer für kleinere Diebnen auftrat, hatte jetzt ein Probeengagement bei einer Jahrmarktsfirma gefunden, für die er auf seinem Einrohr durch die Straßen Berlins Reklame fahren sollte. Er war verpflichtet, besonders die Hauptverkehrsstraßen abzufahren. Wünsch aber, der damit rechnen mußte, daß so die Kriminalpolizei aufmerksam auf ihn werden könnte, fuhr nur in den Nebenstraßen und in den entlegenen Stadtteilen. Trotzdem aber wurden ihm diese Machenschaften zum Verhängnis. Die Beamten stellten seinen Aufenthaltsort fest. Die hatten ausgetüftelt, daß das Zimmer einer gewissen Kuhna nach dem Dache hatte, den Wünsch im Falle der Gefahr benutzen wollte. Die Beamten drangen aber ganz unerwartet ein und nahmen den jungen Brand fest. Auch diese wurde festgenommen und als langjährige Warenhausdiebin entlarvt. Etwa 30 Warenhausdiebstähle konnten sie jetzt nachgewiesen werden.

Der Schnellzug Berlin-Deutschen-Posen-Breslau D 53, der 1. bis 3. Klasse führt, verkehrt ab 14. Januar von Charlottenburg 12.00 Uhr mittags, ab Friedrichstraße 12.22, Schlesischer Bahnhof 12.40, an Frankfurt a. Oder 2.10; er hat dort 10 Minuten Aufenthalt und fährt 2.29 nach Posen, wo er um 2.53 ankommt. Er fährt um 3.16 weiter über Bomst, Grünberg, Steinau, wo er nach 1½ Stunden Aufenthalt nach Breslau weiterfährt; er kommt dort 6.00 an. Er fährt von dort nach ofterreichischer Zeit um 9.30 abends an nach Posen, wo er 9.47 eintrifft; er fährt von dort weiter nach Warschau, wo er am anderen Morgen 9.00 ankommt. Sein Gegenzug D 54, der zuerst am 16. d. M. verkehren wird, verläßt Warschau abends 8.30, kommt an in Breslau 7.30 vormittags, wo er um 9.00 vormittags weiterfährt über Stentsch, wo er 46 Minuten Aufenthalt hat, Schwiebus, Zielona, Zagan mit 7 Minuten Aufenthalt, Frankfurt a. Oder mit 10 Minuten Aufenthalt. Er kommt an in Berlin Schlesischer Bahnhof 1.19 mittags und ist um 2.02 in Charlottenburg.

Stadtbibliothek und Kunst. Gestern begann der Streikprozeß gegen den Redakteur Lange und den Werfer Schaffy einer Berliner Tageszeitung. Beide werden beschuldigt, sich durch Aufnahme von Interviews Arbeiten und Geschichten der Bereinbarung unzulässiger Schriften sowie ferner durch Aufnahme von Inseraten, welche die Anbahnung von Diebstählen bezweckten, der Beihilfe zu Diebstählen gemacht zu haben. Als Sachverständige waren Geheimrat Heymann, Prof. Mühlsam, Prof. Brunner und Prof. Gordon geladen. Zu Beginn der Verhandlung wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Rechtsanwalt Dr. Schneider legte dagegen Protest ein, daß das Gericht dem Ihrem mehrfach in Strafsachen gefertigten Anregungen auf Ladung Kriminalischer Sachverständiger nicht stattgegeben habe, und beantragte, die Herren Maximilian Harden und Alfred Kerr zu laden. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft führte aus, daß der künstlerische Wert der unter Anklage stehenden Bücher gar nicht bestritten werden solle, aber auf diesen künstlerischen Wert käme es überhaupt nicht an. Entscheidend sei einzig und allein, ob die Arbeiten geeignet seien, den Sittlichkeitsinstinkt der großen Masse zu verletzen. Zu dieser großen Masse gehörten aber auch die Richter. In seiner Replik betonte der Verteidiger, daß in der Kunst die Form alles und der Inhalt nichts sei. Hierauf wurde eine Anzahl von Zeugen vernommen, die aussagten, daß sie die Inserate nicht unsittlich empfunden und aufgefunden hätten. Medizinalrat Dr. Leppmann und Dr. Kroeschell kamen in ausführlichen Gutachten übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß die Bücher für, daß die Inserate unlautere Zwecke verfolgen, aus dem Wortlaut der Anzeigen nicht ersichtlich sei. Darauf wurde die Verhandlung auf den 15. Januar vertagt.

Die Unterhaltungen am Denkmal Kaiser Wilhelms I., deren Urfache der Streik eines internen Spitzelvorgangs war, sind nunmehr beseitigt. Der Streik muß schon seit einiger Zeit bestanden haben, denn das Denkmal, das Wasser hat ganz beträchtliche Ausbesserungen vorzunehmen, wobei ihnen die das Pflaster des Bürgersteiges fehlen konnte. Das Denkmal hat nicht jedoch durch den verhältnismäßig kleinen Unfall in keiner Weise betroffen.

Diebstahl im Werte von 250 000 ℳ wurde in dem Lokal von Strauch, Kopenhalstraße 12, von einem Streife der Schutzpolizei aufgefunden. Die Beamten hatten den Meister, die Räume nach gestohlenem Gut zu durchsuchen, wobei ihnen die das einem Diebstahl herrührende Briefmarkensammlung in die Hände fiel. Neun Personen, die sich in dem Lokal aufhielten, wurden festgestellt.

Ein Raubüberfall auf einen Geldtransport lag einer Verhandlung zugrunde, welche vor dem Schwurgericht I begann. Wegen schweren Straßenraubes unter Mitführung von Waffen waren der frühere Polizeilieutenant Göpel und der erwerbslose Schlosser Fritz Bartsch angeklagt. — Der Angeklagte Göpel hatte in einem Kriegsrefrain den Angeklagten Bartsch kennen gelernt, der sich arbeitslos in Berlin herumtrieb und, obwohl kein Vater ein sehr bezahlter Rüstungsarbeiter ist, hier Erwerbslosenunterstützung bezog. Im Laufe des Gesprächs, an dem sich auch der Schlosser Fritz Bartsch, auf die Kommune zu und beklagten sie mit jeden Mordes zu bestimmter Zeit bei dem Postamt SW. 12 eingehenden Geldsäumeltransport zu berauben. Am Mittwoch des 5. Januar 1920 trafen sich die Verbrecher am Schlesischen Bahnhof und fuhren in einem Militärauto, das ein gleichfalls genommener Unterzeichner der Kraftwagenstraße führte, nach dem Anhalter Bahnhof, ohne zu ahnen, daß ihnen in gewisser Entfernung ein zweites Auto folgte, in welchem drei Kriminalbeamte saßen. Der Kriminalobermachtmeister Wirth hatte von dem Raubplan Kenntnis erhalten und hatte den Kriminalmachtmeistern Pulle und Neumann die Verfolgung der Räuber anvertrauen. Als am Postamt 12 der Geldtransportwagen geöffnet wurde, sprangen plötzlich zwei maskierte Räuber, die Angeklagten Göpel und Bartsch und die Beamten zu und dieser sie mit ihren Pistolen in Schach. Einige Sekunden später stürmte Göpel mit einem Postsack, der 225 000 ℳ enthielt, hinaus und lief geradezu den Beamten in die Arme. Als er die Schußbereite Pistole hochzog, gaben die Beamten Feuer und Göpel sank, von einem Treffer in den linken Brustkorb getroffen, zusammen. In demselben Augenblick erhielten die Beamten auch von Bartsch Feuer und nun entwickelte sich eine lebhafte Pistolenkugelerei, bei der es Bartsch gelang, zu entkommen. Das Verfahren gegen den dritten Täter, Dehling, mußte aufgehoben werden, da er schwer an Lungentuberkulose erkrankt ist. — Die Angeklagten ihre früher abgegebenen Geständnisse zum Teil vor Gericht widerrufen, ist von den Rechtsanwälten, Justizrat Dr. Meyerstein und Dr. Lucas, eine neue Reihe von Beweisanträgen gestellt worden, so daß die Verhandlung einen ziemlich großen Umfang hat.

Sport.

Leibesübungen.

284 neue Verleihungen des Deutschen Sportabzeichens. Wie die Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen mitteilt, konnte er in der letzten Zeit das Deutsche Turn- und Sportabzeichen als Anerkennung für erzielte Leistungen im Sport in Gold wiederum 8 mal, in Silber 42 mal und in Bronze 234 mal verleihen, so daß das Abzeichen jetzt insgesamt 1784 Sportliesie erhalten haben.

Ausbildung von Leichtathletik-Kampfrichtern. Für Mittwoch, den 19. Januar, abends 7.30 Uhr ruft der Verband Brandenburgischer Leichtathletik-Vereine den erweiterten Kampfrichterausschuß nach der Verbandsgeschäftsstelle, Ziegelstraße 5. Aufgabe des Ausschusses ist die Heranbildung von Kampfrichtern für die Leichtathletik-Veranstaltungen; vorgesehen sind praktische sowie theoretische Ausbildung durch Vorträge und Besprechungen bei Wettkampfentscheidungen. Für die Förderung der Leichtathletik in der Mark und Durchführung der hierfür beabsichtigten Propagandaveranstaltungen ist die Bildung besonderer Bezirks-Kampfrichterausschüsse geplant.

Die Mitteldeutschen Leichtathletikmeisterschaften werden am 10. Juli in Stuttgart ausgetragen werden. Die Durchführung hat der Stuttgarter Stadtverband für Leibesübungen übernommen.

Besprechung im B. A. A. B. Zur Frage des Kampfes zwischen Turnen und Sport hat nun auch der Verband Brandenburgischer Athletik-Vereine die Leiter der ihm angeschlossenen Sportabteilungen der Turnvereine zwecks gemeinsamer Besprechung mit dem Kermaßnahmenausschuß des Verbandes auf Montag, den 17. Januar, abends 7½ Uhr, nach der Verbandsgeschäftsstelle, Ziegelstraße 5, geladen.

Die Haltung der Deutschen Turnerschaft. Der 1. Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, Professor Dr. Berger, äußert sich in der „Deutschen Turnzeitung" in einem Bericht über die gescheiterten Einigungsverhandlungen u. a.: „So trotz des Fehlschlagens der Verhandlungen eine Zusammenarbeit im Reichsausschuß fernerhin möglich ist, müssen die Eingungen am 28. und 29. Januar ergeben. Unter die unmittelbaren Einigungsverhandlungen machen wir aber wohl oder übel den Schlußstrich. Verdienungen von Turn- und Sportvereinen verbieten sich in Zukunft von selbst."

Wir können dieser Auffassung aus grundsätzlichen Erwägungen nicht beistimmen, halten im Gegenteil eine Einigung für erforderlich. (Egl. unsern Artikel in den Abendausgaben vom 10. und 14. Januar dieses Jahres.)

Ein Arzt für Sportplatzanlagen legt der außerordentliche Professor an der Technischen Hochschule in München, Dr. Manfred Wählmann, an, in dem alles gesammelt werden soll, was die Anlage von Sport- und Sportplätzen, Turnhallen usw. betrifft. Dort kann dann jede gewünschte Auskunft über alle Fachfragen, z. B. Bemessung und Lage von Sportplätzen, technisch geschickige Herstellung von Rischenbahnen, eingeholt werden. Anschrift: München, Arcisstr. 21, Zimmer 585.

Fußball.

Ein Internationales Fußball-Turnier soll aus Anlaß des 20jährigen Bestehens des Wiener F. K. Rudolfshügel nach Schluß der Meisterschaftsspiele in Wien stattfinden. Die beiden Vereine Spielvereinigung Fürth, 1. Fußball-Club Nürnberg und Kicker-Eintracht oder 1. F. C. Pforzheim, ferner die beiden Budapester Vereine M. T. K. und B. T. C. sollen als Teilnehmer genommen werden. Die Verhandlungen mit den Vereinen sind bereits aufgenommen.

Fußballländerkampf Deutschland - Deutsch-Oesterreich. Am Himmelfahrtstage, am 5. Mai, gelangt im Deutschen Stadion zu der Länder-Fußballkampf zwischen Deutschland und Deutsch-Oesterreich zur Austragung.

Süddeutsche Länder-Fußballspiele. Der Hauptspielausschuß des Süddeutschen Fußballverbandes hat für die laufende Spielzeit verschiedene interessante Länderspiele vorgesehen. Der Bayerische Verbandsteil tritt am 8. Mai gegen Niederösterreich in Nürnberg, am 29. Juni gegen Böhmen in Prag und am 29. Juni gegen Ungarn in Budapest an.

Schwimmen.

Internes Schwimmfest. Der Berliner Schwimm-Club veranstaltet am kommenden Sonntag nachmittag 4 Uhr im Anfang an der Schillingsbrücke ein diesjähriges internes Schwimmfest. Neben Herren- und Damenwettschwimmen stehen Rettungsübungen mit erläuternden Vortrag und ein Wasserballspiel zwischen dem Schwimmverein „Triteon" und der Schwimmvereinigung „Triton-Favorite" auf dem Programm.

Ein Damen-Wasserballspiel in Berlin. Bei dem III. Vorbereitungsschwimmfest des Kreises I für „Kinder in Not", das am 5. Februar (7 Uhr) abends 8 Uhr, im Hallenbad Schillingsbrücke vor sich geht, wird der Reichsmeisterin Frl. Lange Jahren nicht mehr gezeigtes Damen-Wasserballspiel geboten werden. Als Gegner stehen die Germania-Wasserfreunde und Apollo-Berlin gegenüber, die sich beide nach sehr eifrigem Training, welches leider durch die trauigen Begebenheiten im der Reichshauptstadt stark gegenzt wurde, an Spielstärke sehr viel nachsehen. Auch sämtliche übrigen Vereinsbeide sind dem weiblichen Geschlecht verbehalten. Das Hauptinteresse beanspruchen wieder die großen Staffeln, eine 10 mal 40 m beliebig, die Angestellten und eine große Brustfestel. Hier wird Germania-Weißensee gegen die Spandauer und Charlottenburger Damen erneut zu beweisen haben, daß sie über die schnellste Damenstaffel im Kreise verfügt. Alle Funktionen mit Ausnahme des von den K. Ch. B. vertretenen Schiedsrichters werden von Damen ausgeführt.

Fußball als Ergänzungssport für Schwimmen. Die beiden bedeutenden deutschen Schwimmvereine „Hellas"-Magdeburg und „Wasserfreunde 96" sind durch die Schließung der Magdeburger Hallenbäder gezwungen, in stärkerem Maße Ergänzungssport zu betreiben. Auf Antrag der beiden Vereine hat der Vorstand des Mitteldeutschen Bezirks den Antragstellern die Erlaubnis erteilt, mit den Rasenspielvereinen Fußballspiele austragen zu dürfen.

DAZ

In Berlin bestellt man die „Deutsche Allgemeine Zeitung" (monatlich 12 Mk. täglich zweimal frei ins Haus)

telephonisch Nollendorf 5980

Chefredakteur: Rudolf Lanno. — Verantwortlich Mitarbeiter: für Innere Politik: Carl Herfurth, für Außenpolitik Politik: C. G. v. Weinhandt, für das Feuilleton: Otto Julius, für den Lokalteil: Gustav Hebenstreit, für den lokalen Teil: Dr. Rudolf Brook, für den Sportteil: Fritz v. Chaim, für den lokalen Teil: Hans Schlesinger, für den Handelsteil: Dr. Hans Simon, für den Kunstteil und Geschäftliche Mitteilungen: Hermann Fischer Schumacher. Sämtlich in Berlin.

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32

Wochenspielplan der Berliner Theater

16. bis 23. Januar		Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend	Sonntag
Staatliches Opernhaus	(7)	Aïdas auf Naxos	Fidelmann (6½)	Meistersinger (6)	Amerenten, Tanzszenen, Ballette (6½)	Die Gezeichneten	Madame Butterfly	Bitter Blaubart	Faun ohne Schatten (6)
Staatliches Schauspielhaus	(7)	Torquato Tasso	Die Sterne	Peer Gynt (6½)	Torquato Tasso	Die Sterne	Torquato Tasso	Die Sterne	Die Sterne
Deutsches Opernhaus (Charlottenburg, Bismarckstr. 34/37)	(7)	Tosca	Postillion von Lonjumeau	Siegfried (6½)	Wilhelm Tell	Der Freischütz	Oberon	Lohengrin	Carmen
Deutsches Theater (Schumannstr. 15)	(7)	Cäsar und Kleopatra (8)	Cäsar und Kleopatra (8)	Der lebende Leichnam	Cäsar und Kleopatra (8)	Romeo und Julia	Cäsar und Kleopatra (8)	N. Kabale und Liebe	Cäsar und Kleopatra (8)
Kammerspiele (Schumannstr. 14)	(7½)	Florindo. Der Kinderarzt und die Sängerin	Florindo. Der Kinderarzt und die Sängerin	Die deutschen Kleinstädter (7½)	Florindo. Der Kinderarzt und die Sängerin	Stella (8)	N. Der pathetische Hut (7)	—	Der pathetische Hut (7)
Lessing-Theater (Friedrich-Karl-Ufer 1)	(7½)	Flamme	Flamme	Flamme	Flamme	Flamme	Peer Gynt.	Flamme	Flamme
Volksbühne (Am Bülowplatz 2/3)	(7)	Das Käthchen von Heilbronn	Wallenfteins Tod	Wallenfteins Tod	Kabale und Liebe	Kabale und Liebe	Rose Bernd und Wilhelm Tell	Das Käthchen von Heilbronn	Wallenfteins Tod
Neues Volkstheater (Königsstraße 68)	(7½)	Pension Schöller	Pension Schöller	Pension Schöller	Nora	Pension Schöller	N Brandmarkt und Kameraden	Brennende Erde u. Sommerfest	Brennende Erde u. Sommerfest
Schiller-Theater (Charlottenburg, Grolmanstraße 70)	(7½)	Der ehemalige Leutnant	Don Carlos	Der Bibepelz	Der ehemalige Leutnant	Der Bibepelz	Jungfrühlinge Liebe	Der ehemalige Leutnant	Alt-Heidelberg
Großes Schauspielhaus (Lützow Schauspielhaus, Kurfürstenstraße 115)	(7½)	Florian Geyer. Schiffsmannsmann	Florian Geyer.	Dantons Tod	Florian Geyer.	Florian Geyer.	Florian Geyer.	Florian Geyer.	Florian Geyer.
Trianon (Charlottenburg, Berlinerstr. 37/39)	(7½)	Drei Einakter. (8)	Drei Einakter. (8)	N Zeitung (7)	Drei Einakter. (8)	Zeitung (7)	Drei Einakter. (8)	Zeitung (7)	Drei Einakter. (8)
Kleines Theater (Unter den Linden 44)	(7½)	Zwei Einakter.	Zwei Einakter.	Poss. Theater.	Geschäften.	N Schwarzes Sahn.	Schwarzes Sahn	Schwarzes Sahn	Schwarzes Sahn

Täglich:

Deutsches Künstler-Theater (Nürnbergerstr. 50/53): Die Schelmenstreiche.

Theater in der Königgrätzer Straße (Königgrätzer Straße 87/98): Salome.

Metropol-Schauspielhaus (Charlottenburg, Fasanenstraße 79): Reigen. (7½)

Komödienhaus (Schiffbauerdamm 25): Die Sache mit Sofia. (7½)

Theater-Theater (Treptowstr. 70): Madcatchen. (7½)

Weißes Theater (Schönweide, Reinickendorfer Straße 47): Zwei Bindewortes Fähder.

Tribüne-Theater (Georgenstr. 9): Kammermusik.

Tribüne-Theater (Kantstr. 12): Der ersten Liebe gottlose Zeit. (7½)

Lustspielhaus (Friedrichstraße 236): Schwebende Jungfrau. (7½)

Komische Oper (An der Weidendammer Brücke, Friedrichstr. Ecke Dorotheenstr. Eingang Friedrichstr.): Hoch die Tänzerin.

Theater am Nollendorfplatz (Motzstr. 60/69): Wenn Liebe erwacht. (7½)

Wallner-Theater (Wallnerstraße 35): Der Geizige von Molière. (7½)

Theater in der Charlottenstr. (Charlottenstr. 90/92): Die spanische Nachtigall.

Theater des Westens (Kantstr. 12): Der ersten Liebe gottlose Zeit. (7½)

Theater des Westens (Kantstr. 12): Der ersten Liebe gottlose Zeit. (7½)

Metropol-Theater (Behrenstr. 55/57): Das Hollandweibchen.

Zentral-Theater (Alte Jakobstr. 30/32): Frau Bärbel. (7½)

Theater in der Kommandantenstraße. Der verlängte Wieter.

Neues Opernterrasse (Schiffbauerdamm): Pu-Chi und Pi-Chi. (7½)

Mozart-Theater (Gr. Frankfurter Str. 132): Schwarzer Bibel.

Walhalla-Theater (Weinbergsweg 19/20, Am Rosenthaler Platz): Rastelbinder.

N = Nennaufführung.

Gentilin-Figurenwasser

zur Kräftigung einer jugendlich schlanken, vornehm eleganten Figur und graziöser Haltung. Für jede Dame, die auf Schönheitsmittel der Figur, Anmut und Grazie, Elastizität des Ganzen Wert legt, unentbehrlich.

Verringert ganz bedeutend durch andauernde milde Massagewirkung die Hüftengarnitur, ist überraschender Weise und verhindert Fettansatz und Stützgewebe des Unterleibes. Stützt das Kreuz, macht den Leib ab und stellt die jugendliche Linie wieder her.

Bestes Mittel zur Wiedererlangung verlorener Formschönheiten, eleganzester Korsettersatz aus kräftigem, luftdurchlässigem, elastischem Spezialgewebe. Äußerst angenehm im Tragen, lässt die Magengrube frei, hindert nicht beim Atmen, gibt jeder Bewegung nach und ist auch für Sport treibende Damen von hohem Wert. Illustrierter Katalog kostenfrei.

J. J. Gentil, Berlin N 65
Potsdamer Strasse 5
Spezialist für Figurverbesserer,
Leibbinden, Gummistrümpfe. 2264

Aus- u. Vor-Verkäufen.
Ernst Heckmann,
Berlin W 57, Bülowstr. 56.
Kaufmann Tuberiel.

Metallbetten.
Stahlbettmatratzen, Kinderbetten, Polster an ½ derm. Lieferl. frei.
Messmann Bettfabrik Berlin L 73.

GEWERKSCHAFT EISENHÜTTE WESTFALIA
LÜNEN
Gegründet 1856 — Gegründet 1856
Maschinenfabrik, Eisengießerei, Emaillierwerk und Inoxidierwerk.
Abteilung M: Förderhaspel, Zubringerkettenbahnen, Förderwagen-Reinigungsmaschinen, Förderwagen-Aufschiebevorrichtungen, sowie Apparate für die Nebenprodukten-Gewinnung und für chemische Fabriken.
Abteilung G: Handelsgußwaren, Fenster, Maschinenguß, Kabelgarnituren, Zahnräder. 5955

Pohlig
Waggonkipper
Krane * Greifer
Drahtseilbahnen
J. Pohlig A.G. Cöln

Spedition
nach dem In- und Ausland
Lagerhäuser
20 000 □ Meter mit Bahnanschluß und Hafen
Robert Haberling-Berlin W 9

FREUDONIA
FABRIK-MARKE
REIN ALUMINIUM GESCHIRRE
ALUMINIUM-BESTECKE
die bekannt vorzüglichen Fabrikate der
FREUDONIA-WERKE
FABRIKEN FÜR ALUMINIUM- UND METALLVERARBEITUNG
FREUDENBERG a/ MAIN

SOEST
KOHLEN- U. KOKSBRECHER
LOUIS SOEST KOMM. G. M. B. H. DÜSSELDORF 31 BOLKER STR. 53
Für jede Leistung sofort lieferbar.

Pianos
Ph. Link, Berlin N. 4
Klaviermacher
Bergstrasse 95 (Invalidenstrasse)

Bauer-Möbel
Verinnerlichtsch unverbindlich
Konieczny & Lindemann
Fabrik u. Hauptlagen
BERLIN-O 34
Frankfurter Allee 221
Fernr. Alexander 1921

POPELLA
DRESDEN-A
Größtes Lager von
WERKZEUG-MASCHINEN
aller Art

F. Ergang, Magdeburg
Maschinenfabrik,
Kesselschmiede, Metall-Gießerei
Apparatebau, Brut- und Stanzwerk, Blechschweißerei, Sonder-Eisenguß: Grauguß- und Stahlguß-Einrichtungen
Gr. Diesdorferstr. 270. — Tel.-Adr.: Ergang Magdeburg
Fernspr. 149 und 646.
Gegründet 1804.

An die Besitzer von abgestempelten Hinterlegungszertifikaten der Deutschen Treuhand-Gesellschaft

über

Vorzugsaktien der Deutsch-Ueberseeischen Elektricitäts-Gesellschaft.

Im Verfolg unserer Anzeige vom 17. April v. J. geben wir hierdurch bekannt, dass der Gegenwert der hinterlegten Vorzugsaktien der D. U. E. G. vom 15. Januar 1921 ab gemäss der lückenmäßigen der Vorstandes und Aufsichtsrats der D. U. E. G. vom 17. April d. J. und der Hinterlegungsbescheinigungen mit M 1500 für jede Vorzugsaktie mit Dividendenschein für 1919 u. ff. gegen Rückgabe der Zertifikate bei derjenigen der nachstehenden Hinterlegungsstellen erhoben werden kann, welche die Zertifikate ausgegeben hat:

in Berlin bei:
der Deutschen Bank,
„ Bank für Handel und Industrie,
„ Berliner Handels-Gesellschaft,
dem Bankhause S. Bleichröder,
„ „ Delbrück Schickler & Co.,
der Direction der Disconto-Gesellschaft,
„ Dresdner Bank,
dem Bankhause Hardy & Co. G. m. b. H.,
der Nationalbank für Deutschland,
in Frankfurt a. M. bei:
der Deutschen Bank Filiale Frankfurt,
„ Filiale der Bank für Handel und Industrie,
„ Direction der Disconto-Gesellschaft Filiale Frankfurt a. M.,
„ Dresdner Bank in Frankfurt a. M.,
dem Bankhause Gebrüder Sulzbach,
in Köln bei:
der Deutschen Bank Filiale Köln,
dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.,
in der Schweiz bei:
der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich, und bei denen sämtlichen Niederlassungen.

Zu diesem Zweck sind die Hinterlegungszertifikate mit zahlenmäßig geordneten Nummernverzeichnissen in doppelter Ausfertigung einzureichen, für welche Vordrucke bei den Hinterlegungsstellen erhältlich sind. Die Hinterlegungsstellen erteilen zunächst vorläufige Quittung, gegen deren Rückgabe die abgestempelten Zertifikate von siebenten Tage nach Einreichung ab den Einzelnen unter Abzahlung der entfallenden Barbetrages wieder ausgehändigt werden.

Soweit nach vorstehenden Bestimmungen die Erhebung des Barbetrages nur unter Versendung der Zertifikate an einen auswärtigen Platz bewerkstelligt werden könnte, sind die Hinterlegungsstellen bereit, solche Zertifikate zur Abstempelung und kostenlosen Erhebung des Barbetrages anzunehmen. Die Einreichung solcher Zertifikate zwecks Erhebung des Barbetrages an einen auswärtigen Platz ist jedoch unter Verwendung besonderer, nach Ausstellern der Zertifikate getrennter Nummernverzeichnisse in dreifacher Ausfertigung zu erfolgen, für welche Vordrucke II bei den Hinterlegungsstellen ebenfalls erhältlich sind. Die Rückgabe der mit Nummernverzeichnis II eingereichten Zertifikate und die Auszahlung der darauf entfallenden Barbetrages kann erst 14 Tage nach Einreichung erfolgen.

Berlin, den 14. Januar 1921.

Deutsche Treuhand-Gesellschaft.

An die Besitzer von Hinterlegungszertifikaten der Deutschen Treuhand-Gesellschaft

über

Stammaktien der Deutsch-Ueberseeischen Elektricitäts-Gesellschaft.

Im Verfolg unserer Anzeige vom 17. April v. J. geben wir hierdurch bekannt, dass der je bar zahlbare Teil des Kaufpreises der hinterlegten Stammaktien in Höhe von Pesetas 40 für jede Stammaktie vom 15. Januar 1921 ab bei derjenigen der bekannten Hinterlegungsstellen erhoben werden kann, welche die Zertifikate ausgegeben hat. Die Auszahlung erfolgt in Deutschland zum Kurse von M 0.35 für die Peseta mit

M 420.75 für jede Stammaktie.

Zu diesem Zweck sind die Hinterlegungszertifikate mit zahlenmäßig geordneten Nummernverzeichnissen in doppelter Ausfertigung einzureichen, für welche Vordrucke I bei den Hinterlegungsstellen erhältlich sind. Die Hinterlegungsstellen erteilen zunächst vorläufige Quittung, gegen deren Rückgabe die abgestempelten Zertifikate von siebenten Tage nach Einreichung ab den Einzelnen unter Abzahlung der entfallenden Bar

Zur Auskunftspflicht der Banken in Reichssteuersachen.

Von

Reichsfinanzrat **Dr. Boethke**, München.

Das Bankgeheimnis, das früher nicht nur im bürgerlichen Streitverfahren, sondern auch in Steuersachen im allgemeinen anerkannt wurde, ist durch die seit Ende 1919 geltende Reichsabgabenordnung den Steuerbehörden gegenüber aufgehoben. Daran ist sich nicht rütteln, wenn das Gesetz auch verschiedene Milderungen der unbedingten Auskunftspflicht vorsieht. Zu diesen gehört die Bestimmung (§ 177 Abs. 1), dass Auskunft nur über Tatsachen erteilt zu werden braucht, die für die Ausübung der Steueraufsicht oder in einem Steuermittelungsverfahren für die Feststellung von Steueransprüchen von Bedeutung sind. Dadurch wollte der Gesetzgeber vor allem die Gefahr vorbeugen, dass Auskunft zur Aufdeckung bisher unbekannter Steuerquelle gefordert wurde. Falsch wäre es jedoch zu glauben, es stehe nun den Banken (sowie anderen Auskunftspersonen) das Recht zu, von der Steuerbehörde den Nachweis zu verlangen, dass die Bedingungen der Vorschrift erfüllt sind. Dadurch würde das Steuermittelungsverfahren lahmgelegt werden können. Es muss der Bank genügen, wenn die Steuerbehörde nur behauptet, dass die Auskunft für die Ausübung der Steueraufsicht oder in einem Steuermittelungsverfahren von Bedeutung sei. Ja, bei Banken dürfen in der Regel die gesetzlichen Bestimmungen zugänglich oder gar geläufig sind, sodass die einfache Bezugnahme auf § 177 der Reichsabgabenordnung, um etwaige Bedenken aus dem Wege zu räumen. In diesem Sinne hat kürzlich der Reichsfinanzhof in München als oberste Sprachbehörde in Steuersachen entschieden. Damit ist auch die hier und da vertretene Ansicht abgelehnt, dass sogar der Name des Steuerpflichtigen genannt werden müsse.

Eine weitere Milderung der Auskunftspflicht ist die, dass die Steuerbehörden nicht unmittelbar Kontrollen oder Bankangestellte zur persönlichen Vernehmung vorladen sollen. Dem als Regel ist vorgeschrieben (§ 177 Abs. 2), dass die Auskunft schriftlich erteilt und erteilt werden soll. Einer persönlichen Vorladung kann sich aber der Auskunftspflichtige nicht entziehen. Macht die Steuerbehörde von ihrem Vorladungsrecht einen unangemessenen Gebrauch, so ist dagegen kein Rechtsschutz gegeben; nur die Aufsichtsbehörden können im Verwaltungswege Abhilfe schaffen. Von Bedeutung ist ferner die Bestimmung (§ 177 Abs. 3), dass bei körperschaftlichen Gebilden das Ersuchen um Auskunft in der Regel an den Vorstand oder die Geschäfts- und Betriebsleitung zu richten ist.

Die Auskunftspflicht der Banken geht so weit, dass sie auch Urkunden und Schriftstücke einschliesslich der einschlägigen Stellen ihrer Geschäftsbücher vorlegen müssen, die sich auf bestimmt zu bezeichnende Rechtsvorgänge beziehen. Doch kann das Finanzamt ein solches Verlangen nur stellen, wenn es die Genehmigung des ihm vorgesetzten Landesfinanzamts eingeholt hat. (§ 183.) Wiederum eine Schutzvorschrift für die Auskunftspersonen. Wird nur eine Abschrift eines laufenden Kontos verlangt, so trifft diese Vorschrift nicht zu. Dann die Erteilung einer Abschrift aus den Büchern ist nicht dasselbe wie Vorlegung der Bücher, und die Bank wird es von sich selbst aus vorziehen, einen Rechnungsauszug zu erstellen, wenn das Finanzamt von ihr Auskunft darüber verlangt, welche Geschäfte sie mit dem Steuerpflichtigen innerhalb einer bestimmten Zeit geschlossen hat. Auch dies ist längst vom Reichsfinanzhof für Recht erkannt worden.

Dem Schutze der Banken dient weiter die Bestimmung (§ 209 Abs. 1) dass zunächst mit dem Steuerpflichtigen selbst verhandelt werden soll, ehe Auskunft gefordert wird. Nur wenn die Verhandlungen nicht zum Ziele führen oder wenn von Verhandlungen abgesehen wird, weil sie keinen Erfolg versprechen, soll es zulässig sein, die Bank um Auskunft anzugehen. Es liegt nahe, auch hier den Banken den Rechtsschutz zu versagen und sie zur Gehorchnahme ihrer Rechte auf der Verwaltungsweg (Beschwerde bei der vorgesetzten Verwaltungsbehörde) zu verweisen. Denn ein näheres Eindringen der Banken in die Geschäftsführung der Steuerbehörden, das nötig wäre zur Beurteilung, ob die gesetzliche Vorschrift innegehalten ist, kann nicht zugelassen werden. Der Reichsfinanzhof hat jedoch die Schutzvorschrift des § 209 für so bedeutsam gehalten, dass er den Rechtsschutz — wenn auch nur in beschränkten Masse — für gegeben erachtet hat. Sind das Finanzamt in seinem Auskunftsersuchen an dass die Verhandlungen mit dem Steuerpflichtigen keinen Erfolg versprechen oder dass sie zu keinem Ziel geführt haben, so wird sich die Bank dabei regelmässig beruhigen müssen. Glaubt sie aber, dass das Finanzamt trotz der — vielleicht nur vordrucksmässig gemachten — Angabe kein pflichtmässiges Ermessen hat walten lassen oder dass es die Vorschrift des § 209 übersehen hat, so kann sie eine Nachprüfung im geordneten Rechtsmittelweg (Beschwerde an das Landesfinanzamt und dann Rechtsbeschwerde an den Reichsfinanzhof) herbeiführen. Dasselbe gilt, wenn das Finanzamt im Auskunftsersuchen über die Beachtung des § 209 überhaupt schweigt. Stellt aber das Landesfinanzamt fest, dass § 209 vom Finanzamt befolgt ist, so ist in diesem Punkt kein Grund mehr für die Rechtsbeschwerde an den Reichsfinanzhof vorhanden.

Dieser für die Banken erfreulichen Rechtsprechung darf indessen kein zu grosses Gewicht beigelegt werden. Denn der den Banken gewährte Rechtsschutz reicht doch schliesslich über die Erzwingung gewisser Formvorschriften nicht hinaus. Herrscht bei den Steuerbehörden nicht der rechte Geist, so bietet § 209 trotz allem keinen genügenden Schutz. Sache der Aufsichtsbehörden bleibt es, trotz des vorhandenen Rechtsschutzes, nötigenfalls dem § 209 die ihm gebührende Beachtung zu sichern. Dass diese sich dieser Aufgabe wohl bewusst sind, beweist ein Erlass des Reichsministers der Finanzen vom 1. Juli 1920, in dem die Beachtung des § 209 den Steuerbehörden besonders zur Pflicht gemacht ist.

Schliesslich sei noch darauf hingewiesen, dass nach der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs die Banken nicht berechtigt sind, die Auskunft über Tatsachen, die vor dem Inkrafttreten der Reichsabgabenordnung, d. h. vor dem 23. Dezember 1919, liegen, zu verweigern. Das Bankgeheimnis ist den Steuerbehörden gegenüber schlechthin — auch in die Vergangenheit hinein — erhoben. Die Bank kann also nicht geltend machen, dass sie durch die Auskunftserteilung über frühere Tatsachen einer ihren Kunden gegenüber seinerzeit eingegangenen Verpflichtung zur Wahrung des Geheimnisses zuwiderhandle.

Vorstehendes gilt nicht nur für Banken, sondern auch für bankähnliche Anstalten, wie Sparkassen, Genossenschaften. Selbst Staatsbanken sind der Auskunftspflicht unterworfen, es sei denn, dass die Auskunft dem Wohle des Reiches oder eines Landes nachteilig sein würde (§ 181), ein Fall, der aber im gewöhnlichen Geschäftsverkehr kaum vorkommt.

Deutsche Volkswirtschaft.

Hamburger Devisenverkehr. Aus Hamburg wird uns gedrahtet: Der Vorstand der Wertpapierbörse in Hamburg gibt jetzt bekannt, dass die Liquidationskasse A. G. beauftragt worden ist, die Terminumsätze in Devisen am Ultimo zu skontieren. Am dritten Tage vor Ultimo werden Liquidationskurse festgesetzt. Eine Garantie für die Erfüllung der Lieferungen und der Abrechnungen nimmt die Kasse nicht an.

Die Arbeiterverhältnisse im Metallerbergbau. Zu unserer in Nr. 9 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" gebrachten Notiz „Bergarbeiterlöhne in Preussen" wird uns berichtigend aus Frankenstein geschrieben: Die Schichtdauer im Metallerbergbau beträgt 8 Stunden und ist daher ebenso lang wie in allen andern Erzbergbaubetrieben. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass infolge der Eigenart des Mansfelder Erzvorkommens die reine Arbeitszeit vor dem Abbau im allgemeinen nur 5½ bis 6 Stunden beträgt. Eine Verringerung der Arbeitszahl ist nur vorübergehend eingetreten, und zwar lediglich deshalb, weil der Metallerbergbau infolge sehr ungünstiger Geschäftslage und der unzureichenden Kohlenzufuhr gezwungen war, die Betriebe einzuschränken. Gegenüber dem ersten Vierteljahr 1920 mit 10 206 Mann Belegschaft hatte das dritte Vierteljahr mit 10 762 Mann eine Zunahme von 556 Mann aufzuweisen. Von einer dauernden Abnahme der Arbeiterziffern kann um so weniger die Rede sein, als die Belegschaftsziffer seit dem dritten Vierteljahr 1920 ständig im Steigen befindet.

Deutsch-lettische wirtschaftliche Annäherung? Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, dass die lettische Regierung, die bisher keineswegs deutschfreundlich war, kürzlich erklärt hat, dass sie ohne deutsche Hilfe nicht auskommen, und dass sie einen regen Handelsverkehr mit Deutschland aufnehmen möchte. Lettland bietet nur ein kleines Absatzfeld. Dem deutschen Kaufmann wird es nicht leicht sein, dort ins Geschäft zu kommen bei der ausserordentlich rührigen englischen Konkurrenz, die offenbar von ihrer Regierung gestützt wird. Es treten in Lettland englische Firmen auf, die Kredite von 1 bis 2 Jahren anbieten, wozu die ohne Staatshilfe gewiss nicht imstande sein dürften. Wichtiger werden die deutschen Bandestaaten noch einmal als Durchfuhrländer nach Russland werden. Wie wir hören, beschäftigt man sich in Riga mit dem Plan, mit Deutschlands Hilfe einen regelrechten, geordneten Transitverkehr mit Russland einzurichten.

Freie Einfuhr von Weizen nach Danzig. Unser Danziger Mitarbeiter drahtet uns: Um die Ernährung der Danziger Bevölkerung besser zu gestalten, hat das Wirtschaftsamt die Freigabe der Einfuhr von ausländischem Weizen verfügt, so dass ausländisches Weizenmehl in den nächsten Tagen in den freien Verkehr kommt.

Neue Aktien-Gesellschaft. Unter dem Namen Kapok Gesundheitschuh Fabrik Akt.-Ges. ist mit dem Sitz in Spandau und 500 000 Mark Kapital ein neues Unternehmen gegründet worden, das sich u. a. mit der Herstellung von Hausschuhen, Reiseschuhen usw. unter Verwendung von Kapokstoffpolster beschäftigt. Von dem Kapital haben die Herren Cassirer (Potsdam), Lorenski (Spandau), Crosolini, Fergien (beide Potsdam) je 40 000 Mark übernommen.

Ausländische Volkswirtschaft.

Fortdauer der Krise in Barcelona. Neue Meldungen aus Barcelona besagen, dass sich die Einnahmen der Stadt weiter gehoben hat. Die Schwierigkeiten der Bank von Barcelona sind zu verwickelt, als dass sie leicht gelöst werden könnten. Es besteht jetzt sogar die Befürchtung, dass noch andere Bankinstitute in die Angelegenheit verwickelt sind.

Mittelamerikanische Plantagengesellschaften. Unser Hamburger Mitarbeiter drahtet: Nachdem die Plantagengesellschaft Concepcion und die Hanseatische Plantagengesellschaft Guatemala-Hamburg bereits zweimal Generalversammlungen einberufen hatten, um die Verwaltung zu ermächtigen, den Grundbesitz in Guatemala an neu zu errichtende amerikanische Plantagengesellschaften zu übereinen, wird jetzt von beteiligter Seite bekanntgegeben, dass nach neuen telegraphischen Nachrichten die Verhandlungen noch nicht zum Abschluss gebracht werden konnten.

Aktiengesellschaften.

Deutsch-Tuberaische Elektricitäts-Gesellschaft. Nachdem die Hinterlegungsstelle zu dem Erfolg geführt hat, dass über 97% der Vorzugsaktien und nahezu 96% der Stammaktien, also fast alle, deponiert worden sind, und nachdem die 5% Obligationen Serie II—VI bereits bis auf einen unbedeutenden Rest in den Besitz der spanischen Gesellschaft übergegangen bezw. zurückgezahlt sind, nimmt die Durchführung des Geschäfts nunmehr ihren Fortgang. Laut Bekanntmachung im Inseratenteil kann der Kaufpreis der hinterlegten Vorzugsaktien vom 15. Januar d. J. ab bei den bekannten Stellen gegen Rückgabe der Zwischenscheine mit 1500 M für jede Aktie erhoben werden.

Der in der zahlbare Teil des Gegenwerts der hinterlegten Stammaktien in Höhe von 4,5 Pesetas für jede Aktie kann von gleichen Tage ab gegen Abstempelung der Zertifikate bei denselben Stellen mit 42½ M pr Aktie eingelöst werden, und zwar bringt jede Hinterlegungsstelle die auf Vorzugs- und Stammaktien entfallenden Beträge nur für die von ihr ausgegebenen Zertifikate zur Auszahlung. Es ist jedoch Vorkehrung getroffen, dass die Hinterlegung auf an auswärtigen Plätzen ausgegebene Stammaktienzertifikate kostenlos durch die Hinterlegungsstellen der anderen Plätze bewirkt werden kann. Nachdem die Hinterlegung gelangte Vorzugs- und Stammaktien können bis Jahlbar noch noch noch den 15. Januar hinterlegt werden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die wenigen Vorzugs- und Stammaktionäre, welche sich dem Plan bisher noch nicht angeschlossen haben, in ihrem eigenen Interesse ohne weiteres Verzug anbringen müssen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, der ihnen gebotenen Vorteile entzogen zu sehen. Wenn die heute angekündigten Operationen durchgeführt sind, wird nur noch die Lieferung der neuen Rentenbons und Aktien Lit. A an die Inhaber von Stammaktienzertifikaten. Es handelt sich hierbei allerdings um die enorme Zahl von 600 000 einzelnen Stücken. Es wird daher, wie wir hören, trotz aller Bemühungen der beteiligten Stellen noch einige Zeit verstreichen, bis auch dieser Teil der durch den Umfang eine ganz enorme Arbeitslast verursachenden Operation zur Abwicklung gelangen kann. Als zur Ausgabe der neuen Werte bestimmt die Inhaber der Zertifikate aber nach wie vor die Verfügungsmöglichkeit an allen Börsen, an denen die Stammaktien früher notiert wurden. Was die Vorzugsaktienzertifikate anlangt, so wird damit bald nach dem 15. Januar gerechnet wird.

Basalt Akt.-Ges. in Linz a. Rh. Unter Mitwirkung dieser Gesellschaft wurden ihre in der Nähe von Cassel gelegenen Basaltwerke unter Einbringung weiterer dortiger Steinbruchbetriebe, wie uns erinnerlich gemeldet wird, mit 7 Mill. ℳ Aktienkapital in die Cassiler Basalt-Industrie-Aktien-Ges. umgewandelt. Die Basalt Akt.-Ges. in Linz bleibt ausgezeichnet interessiert.

Panzer A.-G., Berlin. Die ordentliche Generalversammlung, in der 9 Aktionäre 993 000 ℳ Aktienkapital vertraten, genehmigte die vorgelegte Bilanz und setzte die Dividende auf 15% fest. Aufsichtsrat und Direktion wurde Entlastung erteilt. Direktor Dr. Werther bemerkte, dass der Umsatz des laufenden Jahres sich wesentlich vergrössert habe. Die Gesellschaft hat in- und ausländische Aufträge auf eine Reihe von Monaten vorliegen. Das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres wird als befriedigend bezeichnet zeichnet. Endauszügen lassen sich noch nicht machen.

Die Continentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen A. G. in Nürnberg schloss mit der Stadtgemeinde Mühlhausen i. Th. einen Vertrag ab, wonach die Gesellschaft für das dortige Elektrizitätswerk statt der geforderten 3,6 Mill. Mark als Kaufpreis 2,5 Mill. Mark erhält.

Dividendenvorschläge. Der Aufsichtsrat der Vereinigten Schuhfabriken und Lederschuhbau A. G. in Barmen („Venas") schlägt eine Dividende von 12% (i. V. 10%) und 10% (9%) Bonus vor. — Die Waaren-Credit-Anstalt in Hamburg schlägt eine Dividende von 14% (5% i. V.) vor.

Berliner Börse vom 15. Januar.

Ueberwiegend schwächer.

Die Börse war zwar auch heute erheblich beeinflusst durch die schwache Haltung des Devisenmarktes. Wenn dies anfangs nicht stärker zum Ausdruck gelangte, so lag es an mit Rückkäufen der Spekulation zusammen, die gestern in Erwartung von Abgaben der Publikum heute auf der Seite der Baisse hatte. Im Verlaufe unterlag die Haltung mehrfach Schwankungen, im ganzen war aber eine schwächere Stimmung unverkennbar, und mit der Kurs der Dollarnoten im Verlaufe auf 65¾ zurückging. Als widerstandsfähig sind Elektrizitätsaktien hervorzuheben, in welchen Deckungen erfolgten, besonders Schuckert-Aktien Kursen sich erhoben. Von chemischen Werten waren Anglo Guano nach dem letztätigen Kursverlust leicht gebessert. Sonst unterlagen chemische Werte stärkeren Abgaben, und zwar sowohl Anilinwerte wie auch Goldschmidt, die zeitweise auf 820 (— 30) zurückgehen, um dann auf 850 wieder erholten. Montanwerte waren vorwiegend schwächer, jedoch blieb das Angebot nur mässig, und zeitweise bewirkten Deckungen der Spekulation eine Erholung. Deutsch-Luxembourg verloren bis auf 1½ Thale 15%, auch Phönix und Rheinstahl schwächer. Heftige Schwankungen hatten Maschinenaktien aufzuweisen. Schiffahrtswerte waren gleichfalls meist rückgängig, insbesondere Hamburg-Süd und Aragonas Hansa Dampfer. Elektrische Maschinenwerte waren fast durchweg niedriger, jedoch blieb Siemens Halske Tendenz fortwährend. Als gut behauptet sind noch Köln-Rottweil und Orenstein u. Koppel zu erwähnen. Am Freien Verkehr herrschte Interesse für Naphtan Nobel, die einen Stand von etwa 3700% erreichten. Valutapapiere hatten nicht gleichmässige Haltung, so waren mexikanische Anleihen teilweise befestigt trotz der Devisenschwäche.

Um 1 Uhr 15 Minuten nachmittags lagen: Ilseder 192½, Deutsch-Luxemburg 565 (nach 550), Hoesch 811, Mannesmann 630, Obschlesiat 295, Rheinstahl 571, Gelsenkirchen 845, Siemens u. Halske 850 (nach 854), Orenstein u. Koppel 530 (nach 574), Zellstoff Waldhof 554, Weser 530 bis 555, Otavi 600¼, do. Anteilscheine 56¾, 3% Konsols 54¾ (nach 55¾).

Valutamarkt.

Der Berliner Devisenmarkt hatte Anfangs schwache Haltung. Auszahlung Amsterdam 226, Kopenhagen 1000, London 252, Paris 411, Schweiz 1045, Dollarnoten 65¾, polnische Noten 78, Goldmark 287 M.

Wien, 14. Januar.

	14. 1.	13. 1.		14. 1.	13. 1.
Berlin	1053,00	982,00	Kopenh.	127,75	116,75
Amsterd.	2202,00	2235,00	Stockholm	1	1
Zürich	113,25	105,50	Christian.	—	115,50
			Markneut.	1035,00	992,00

London 2730,00 (2555,00).

Prag, 14. Januar.

	14. 1.	13. 1.
Berlin	121,25	121,25
Marknoten	121,25	121,25
Wien	0,03	0,03

Zürich, 14. Januar.

	14. 1.	13. 1.		14. 1.	13. 1.
Berlin	0,971	0,171	Italien	22,00	22,00
Wien	0,02	0,02	Stockholm	139,00	139,00
Prag	7,50	7,50	Kopenhagen	111,00	111,00
London	25,00	25,00	Madrid	90,00	90,00
New York	5,41	5,42	Christiania	109,00	109,00
London	25,39	25,36	Madrid	90,00	90,00
Paris	39,15	38,75	Buen. Aires	235,00	235

London, 14. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

	14. 1.	13. 1.		14. 1.	13. 1.
N. York	3,74	3,73	Amsterd.	11,37	11,34
Paris	61,37	61,90	Berlin	357,0	359,0
Petersb.	56,00	56,00	Wien	29,04	29,04
Mailand	108	107¼	Spanien	28,84	28,84

Privatdiskont 6¼.

Warenmarkt.

Vom Berliner Fettwarenmarkt. (Gelatine, Gasse.) Die Verhandlungen mit der Reichsgetreide über die Schlachtung Gestiert: Hoyl und Butterzuteilung haben noch kein Resultat gezeitigt. Die Ablieferungen an die Sammelstellen setzen sich fortwährend, wenn auch in dem Nullpunkt angelangt. Das Ausland hat die Forderungen ermässigt. Holland forderte 3 Hfl., Dänemark 2 Kronen, Schweiz 1 Franken. Zur Butter ist der in vorigen Bericht erwähnte Preisermässigung bemerkt der Marganinverband, dass er bis nähin offiziell keinen Einfluss auf die Preise ausgeübt habe, sondern lediglich inoffizielle Besprechungen der Verwaltungsratsmitglieder stattgefunden hätten, in der diesswöchigen Sitzung ist dann, um die Unterbringen zu ermöglichen, der Preis auf von 13,10 ℳ um 75 Pfg. auf 12,35 ℳ für Kübel ermässigt worden. Da der Verband eine Zwang Monopol hat, müssen die Preise warten, ob die Fabriken sich dem Richtpreis anpassen werden. Der Absatz bleibt stockend.

— Für Schmalz hat sich etwas Interesse für frage angehalten, Lokoware lebhaft gefragt. Die Vorräte sind hier und in Hamburg knapp, so dass die Forderungen nicht ganz zu erfüllen willigt werden mussten. Infolge des Rückgangs der Devisen erfuhren die Preise hier eine Steigerung gemacht, trotzdem Notierungen sind: Choice Western Steam 14 ℳ, raffinierter Schmalz Tierces 14½ ℳ, Firkins 15 ℳ, Berliner Bratenschmalz 15 ℳ, Kunstspeisefett 11½ ℳ.

Die Lage des deutschen Produktenmarktes wird in Hamburg wie folgt beurteilt: Die Preise der deutschen Landwirtschaftsarate entstehen, hat in Deutschland der Preisrückgang in letzter Woche weitere Fortschritte gemacht, trotzdem Notierungen fröchten. Für Speiseerbsen hält der schwierige Absatz bei auffallend geringen Kosten an. Auch für Futterhülsenfrüchte ist die Kauflust angesichts der Geschlagen Ernte bei sich weiter ermässigenden Preisen, wozu wohl auch die für Mais sich ebenso kräftiger entwickelnde Wertermässigung beitrug. Die Geschlagen Ernte hat sich weiter gesteigert. Denn an den Einfuhrhäfen sind jetzt Waggons von der Kleinbahnbahnhöfen in Mengen zur Verfügung stellt worden. Die argentinischen Maisforderungen blieben für uns Abnehmer so hoch, da diesmal die zweite Hand fortdauernd billiger im Markte blieb. Ueberdies machten die stärkere heraustommenden Angebote von rechtzeitigen Mixed-Mais die Importeure noch vorsichtiger als vorher, da die Preisforderungen für Mixed-Mais nicht mehr in die für argentinischen Mais laufenden. Trotzdem ist für den Mixed-Mais vorläufig noch keine Bedeutung vorhanden, denn der Mais der Vereinigten Staaten ist bei so früher Verladung oft für den Transport unhaltbar und wird deshalb nach solchem Palle mit ernsten Verlusten. Man fürchtet dass auch diesmal einige Importeure sich dazu verholen könnten, zumal das erste Beispiel hierzu in England bereits vorliegt. Verschiedene Importeure kraften des auf der Donau schwimmenden jugoslawischen Mais in Passau oder Regensburg bis jetzt noch nicht ab. Es ist zu hoffen, dass im März April wurde seitens der Importeure jugoslawischer Mais waggonfrei Passau mit 150 ℳ angeboten.

Der Rindviehbestand Ostpreussens. Am 1. Januar des Frühjahrs wurde ausgezählt entgegen wurde, kamen ähnlich viele auswärtige Viehhändler nach Ostpreussen, die die verhältnismässig sehr hochwertigen Rinder zu hohen Preisen aufzukaufen suchten. Die Folge war eine erhöhte Verkehrung des Rindviehpreises, eine ungeheuende Erregung in der Bevölkerung, die sich in den Forderungen der Landwirtschaftlichen Eisenbahnerorganisationen ernstlich erwogen, die Viehausfuhr zu verbieten. Durch Verfügungen des Oberpräsidiums wurde aber der Ausbeutung der Provinz vorgebeugt und erreicht, dass wie in einer sechswöchigen Frist ausreichend Ueberschuss entnehmen ist, der Rindviehbestand den Anstieg im grossen und ganzen überschreitet. Es ist bis hat in der Zeit vom 1. September bis zum 1. Dezember von 48 v. H. abgenommen, der Bestand nahm ist nur eine naturnotwendige Folge der Weidenentleerung. Im Jahre vorher hatte die Abnahme in der Zeit vom 1. Dezember bis 1. Mai betrugen, aber das Jahr 1919 eignet sich schlecht zum Vergleich, weil es das Jahr der Zwischenzeit nach dem Reich geschickt wurde. Im Jahre 1918 und 1917 sind die entsprechenden Zahlen 5,5 und 4,0 %. Vergleicht man den Rindviehbestand am 1. Dezember 1919 und am gleichen Tage des Jahres 1920, so ergibt sich sogar eine Zunahme um 35 000 Stück. Die Gesamtzahl der Rinder betrug am 1. Dezember 1919 78 000 Stück und im Jahre 1919 270 000 Stück.

Kurszettel vom 15. Januar 1921

Umrechnungssätze: 1 Lstrl. = 20,00 M., 1 Doll. = 4,20 M., 1 Rbl. = 10 M., 1 Gold-Gulden (alt. Gld.) = 1,70 M., 1 Kronen = 0,80 M., 1 Franken = 0,80 M., 1 Lira = 0,20 M., 1 fl. österr. Währ. = 1 fl. Silber = 1,70 M., 1 österr. Goldgulden = 2 M.

1 Krone österreichische Währung = 0,85 M., 1 Gld. holl. Währung = 1,70 M., 1 P. sterling = 20 M., 1 Dollar = 4,20 M., 1 kanadischer Dollar = 4,20 M., 1 Krone = 0,80 M., 1 Peso (argentin. Papier) = 1,50 M.

Amtliche Wechselkurse

Devisen	Geld	15. 1. Brief	Geld	14. 1. Brief
Holländische Banknoten	2205,—	2205,—	2235,—	2235,—
Dänische Banknoten	1 000,—	1 000,—	1 000,—	1 000,—
Schwedische Banknoten	1 000,—	1 000,—	1 000,—	1 000,—
Norwegische Banknoten	1 000,—	1 000,—	1 000,—	1 000,—
Schweizer Banknoten	1 000,—	1 000,—	1 000,—	1 000,—
Italienische Banknoten	1 000,—	1 000,—	1 000,—	1 000,—
Italien. Banknoten	Lire	22 325	22 375	22 675
Französische Banknoten	Frk.	39 175	39 275	39 575
Tschechoslowakei	Kr.	2 475	2 485	2 515
Neugriechenland	Drch.	6 875	6 925	7 075
Spanien	Peseta	4 625	4 675	4 725
Schweiz	Frk.	17 850	18 050	18 250
Wien	Kr.	1 000	1 010	1 030
Wien alt. Kr.		1 000	1 010	1 030
Prag einschl. Slowakei	Kr.	11 725	11 875	12 075
Prag — alt.	Kr.	11 625	11 725	11 925
Budapest	Kr.	11 225	11 325	11 525

Laufende Kassa-Notierungen nach amtl. Feststellung

Dollar-Noten	72,50	
Pfund Sterling	66,25—66,75	
100 Fr. Noten	256,—256,12	
Dollar	65	
Pfund Sterling	66	
Berlin	1000	
Berlin Handelsbank	1000	
Deutsche Bank	1000	
Disconto-Ges.	1000	
Dresdner Bank	1000	
Darmstädter Bank	1000	
Nationalbank	1000	
Nordbank	1000	
Ostbank	1000	
Ostbank	1000	
Pommersche Bank	1000	
Sächs. Bank	1000	
Schlesischer Bank	1000	
Schlesw.-Holst. Bank	1000	
Westpr. Bank	1000	
Bayr. Hypo- u. Wechsel-Bank	1000	
Dt. Kom. Anl.	1000	
Pr. Bergb.	1000	
Pomm. Glas	1000	

Ausländ. Anleihen

Argentinier	1000	
Brasilianer	1000	
Chilenen	1000	
Hamburger	1000	
Mexikaner	1000	
Ost. Schatz.	1000	
do. Gold	1000	

Industrie-Papiere

Deutsch. Eisenh.	110	12	30	32
Deutsch. Erdöl